



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ

Direktionsbereich Privatrecht

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Weisung EAZW

Nr. 10.22.04.01 vom 1. April 2022 (Stand 11.11.2024)

Ehe für alle

Weisung des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen
gestützt auf Art. 84 Abs. 3 Bst. a der Zivilstandsverordnung (ZStV)

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	4
2	Ausgangslage	4
2.1	Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches und weiterer Gesetze	4
2.2	Revision der ZStV und der ZStGV	4
3	Ehe	5
3.1	Einzelheiten für die Eintragung der Ehe in Infostar	5
3.2	Ehevoraussetzungen	5
3.3	Wirkungen der Ehe	6
3.4	Ehefähigkeitszeugnis für die Eheschliessung im Ausland	6
3.5	Eheschliessung von ausländischen Staatsangehörigen ohne Wohnsitz in der Schweiz	7
3.6	Aufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland	7
4	Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe	8
4.1	Umwandlung der Partnerschaft in Infostar	8
4.2	Zuständigkeit für die Entgegennahme von Umwandlungserklärungen	8
4.3	Voraussetzungen der Umwandlungserklärung	9
4.4	Persönliches Erscheinen der Erklärenden	11
4.5	Form der Umwandlungserklärung	11
4.6	Umwandlungserklärung in zeremonieller Form	11
4.7	Wirkungen der Umwandlungserklärung	12
5	Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter	13
6	Eingetragene Partnerschaft	13
6.1	Keine neuen eingetragenen Partnerschaften in der Schweiz	13
6.2	Schicksal bestehender eingetragener Partnerschaften	14
7	Mitteilungen	14
8	Gebühren	15
9	Zivilstandsformulare	16
10	Internationales Privatrecht	18
10.1	Allgemeines	18
10.2	Im Ausland eingetragene Partnerschaften	18
10.3	Im Ausland geschlossene Ehen	19
10.4	Feststellung der Abstammung	20
11	Inkrafttreten und hängige Verfahren	20
12	Information der Öffentlichkeit und der Praktikerinnen und Praktiker	20
13	Aufhebung fachtechnische Weisungen	21

Änderungstabelle

Änderungen per 11.11.2024	NEU
Abgesehen von den nachfolgend aufgeführten Punkten hat sich der grundlegende Inhalt der Richtlinie nicht geändert.	
Ganze Weisung	Formale Anpassung des Textes aufgrund des Inkrafttretens der Revision zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister, der Öffnung der Ehe für alle und der Änderung vom 26. Juni 2024. Entfernung alter Weblinks und Weisungen zu hängigen Verfahren am 30.06.2022.

1 Vorbemerkungen

Die vorliegende Weisung enthält eine Übersicht über die Änderungen, die sich aus der Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 18. Dezember 2020 ([AS 2021 747](#)), ergeben haben, soweit sie für die Zivilstandsbehörden von Bedeutung sind.

2 Ausgangslage

2.1 Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches und weiterer Gesetze

Am 18. Dezember 2020 haben die eidgenössischen Räte die Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) betreffend die Ehe für alle angenommen ([BBI 2020 9913](#)).

Ab dem 1. Juli 2022 können gleichgeschlechtliche Paare heiraten (siehe Ziff. 3) oder ihre eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umwandeln (siehe Ziff. 4). Ab diesem Datum ist es nicht mehr möglich, in der Schweiz neue eingetragene Partnerschaften zu begründen (siehe Ziff. 6.1). Paare können sich nur noch für die Ehe entscheiden. Die bestehenden eingetragenen Partnerschaften können hingegen beibehalten werden, ohne dass dies von Seiten der Partnerinnen und Partner einer besonderen Erklärung bedarf.

Die Öffnung der Ehe für alle Paare hat zur Folge, dass Ehepaare künftig auch aus zwei Männern oder zwei Frauen bestehen können und nicht mehr nur aus einem Mann und einer Frau.

Die Revision des ZGB, die in der [Volksabstimmung vom 26. September 2021](#) angenommen wurde, beinhaltet ebenfalls Änderungen des Partnerschaftsgesetzes (PartG), des Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG) und des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG).

Zu verweisen ist ausserdem auf den Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vom 30. August 2019 (BBI 2019 8595, nachfolgend: Bericht RK-N), auf die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. Januar 2020 (BBI 2020 1273) sowie auf die parlamentarischen Beratungen (siehe [13.468 | Ehe für alle | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#)).

2.2 Revision der ZStV und der ZStGV

Am 30. März 2022 hat der Bundesrat eine Teilrevision der [Zivilstandsverordnung \(ZStV\)](#) und der [Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen \(ZStGV\)](#) verabschiedet.

Die ZStV war ausserdem Gegenstand einer Änderung vom 26. Juni 2024, durch die insbesondere die Artikel 8 und 35 überarbeitet wurden. Die Erläuterungen zu den neuen Bestimmungen der ZStV, der ZStGV und der Fortpflanzungsmedizinverordnung (FMedV) sind auf der [Website des EAZW](#) veröffentlicht.

3 Ehe

3.1 Einzelheiten für die Eintragung der Ehe in Infostar

Für die Einzelheiten der Beurkundung gleichgeschlechtlicher Ehen siehe unten Ziffer 10.

3.2 Ehevoraussetzungen

Die Bestimmungen bezüglich der Ehevoraussetzungen (Art. 94–96 ZGB) wurden revidiert: Die Ehe ist nicht mehr verschiedengeschlechtlichen Paaren vorbehalten, sondern kann von zwei Personen unabhängig ihres Geschlechts eingegangen werden (Art. 94 ZGB).

Das in Artikel 26 aPartG vorgesehene Ehehindernis der eingetragenen Partnerschaft wurde aufgehoben und in Artikel 96 ZGB eingearbeitet. Dabei ist zu präzisieren, dass das Ehehindernis nur dann besteht, wenn eine frühere Ehe oder eine mit einer Drittperson begründete eingetragene Partnerschaft noch besteht bzw. nicht für ungültig erklärt oder aufgelöst worden ist. Folglich können zwei Personen, die nach Inkrafttreten der ZGB-Revision, d.h. nach dem 30. Juni 2022, im Ausland miteinander eine eingetragene Partnerschaft begründet haben, einander heiraten, sofern die allgemeinen Voraussetzungen von Artikel 43 f. IPRG und des materiellen Schweizer Eherechts erfüllt sind, ohne vorgängig ihre eingetragene Partnerschaft auflösen zu müssen (Bericht RK-N, Ziff. 5.3.3 und 7.1, Ausführungen zu Art. 96 E-ZGB).

Zu beachten ist, dass Artikel 95 ZGB bezüglich der Ehehindernisse der Verwandtschaft neu auch für gleichgeschlechtliche Ehen anwendbar ist; insbesondere beseitigt die Adoption das Hindernis nicht, das sich aus der Verwandtschaft zwischen der adoptierten Person und ihren Nachkommen einerseits und ihrer natürlichen Familie andererseits ergibt.

Zu beachten ist ausserdem, dass Personen, die vor dem 1. Juli 2022 eine eingetragene Partnerschaft begründet haben, ihre bestehende Partnerschaft durch gemeinsame Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten jederzeit in eine Ehe umwandeln können (siehe unten Ziff. 4). Dagegen unterliegen nach dem 30. Juni 2022 im Ausland begründete gleich- oder verschiedengeschlechtliche eingetragene Partnerschaften nicht den Bestimmungen über die Umwandlungserklärung, sondern dem ordentlichen Vorbereitungsverfahren der Ehe (Bericht RK-N, Ziff. 5.3.1, Art. 1 nPartG). An dieser Stelle sei ausserdem darauf hingewiesen, dass das ordentliche Ehevorbereitungsverfahren auch Personen offensteht, die vor dem 1. Juli 2022 eine eingetragene Partnerschaft begründet haben; sie sind nicht verpflichtet, eine gemeinsame Erklärung zur Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe abzugeben. Personen, die vor dem 1. Juli 2022 in einer eingetragenen Partnerschaft leben, haben mit anderen Worten die Möglichkeit, gemeinsam zu erklären, dass sie ihre Partnerschaft in eine Ehe umwandeln wollen. Alternativ können sie über das ordentliche Vorbereitungsverfahren heiraten. Im ersten Fall hat die Erklärung keine Auswirkungen auf den Familiennamen (siehe Ziff. 4.7), während im zweiten Fall Artikel 160 ZGB zur Anwendung kommt (siehe Ziff. 3.3).

Entsprechend wurden die Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b und 65 Absatz 1 Buchstabe d ZStV ergänzt (zusätzlich: «mit einer Drittperson»); auch Artikel 66 Absatz 2 Buchstabe d ZStV wurde angepasst (der Verweis auf Art. 26 PartG wurde gestrichen).

Ausserdem wird in Artikel 67 Absatz 2 ZStV nunmehr präzisiert, dass die Mitteilung mündlich erfolgt, wenn die Trauung unmittelbar nach Abschluss des Vorbereitungsverfahrens stattfindet.

Im Übrigen bleiben das Verfahren der Ehevorbereitung und der Trauung, einschliesslich der Überprüfung der Rechtmässigkeit des Aufenthaltes der Verlobten und der Bekämpfung von Scheinehen und Zwangsheiraten (siehe dazu die Weisungen 10.07.12.01, 10.11.01.02 und 10.13.07.01), das Ausstellen von Trauungsermächtigungen, wenn die Trauung in einem anderen Zivilstandskreis durchgeführt wird und die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen (siehe Ziff. 3.4) sowie die Mitteilungen und der Gebührentarif (siehe Ziff. 7 f.) unverändert, mit der Änderung, dass die Ehe künftig gleichgeschlechtlichen Paaren offensteht, dass die bestehenden Partnerschaften in eine Ehe umgewandelt werden können (siehe Ziff. 4) und dass die revidierten Bestimmungen geschlechtsneutral formuliert sind (Bericht RK-N, Ziff. 6.4).

3.3 Wirkungen der Ehe

Die Wirkungen der Ehe bleiben unverändert, insbesondere was den Namen und das Bürgerrecht der Eheleute betrifft (Art. 160 f. ZGB).

Wenn die Verlobten entschieden haben, ihren Namen zu behalten, müssen sie auch die Wahl treffen, welchen ihrer beiden Ledignamen ihre Kinder tragen sollen. In begründeten Fällen kann die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Verlobten von dieser Pflicht befreien. Entsprechend der für die verschiedengeschlechtlichen Paare entwickelten und auf die gleichgeschlechtlichen Paare übertragbare Anwendung ist diese Befreiung insbesondere dann zuzulassen, wenn die Geburt oder die Adoption eines Kindes wegen des Alters der Eltern oder aus anderen Gründen als unwahrscheinlich erscheint, was bei männlichen Ehepaaren in der Regel der Fall sein wird (vgl. Art. 264d ZGB).

Für die Frage der Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter wird auf Ziffer 5 verwiesen.

3.4 Ehefähigkeitszeugnis für die Eheschliessung im Ausland

Ein im Ausland erforderliches Ehefähigkeitszeugnis kann von nun an auch für gleichgeschlechtliche Verlobte ausgestellt werden, wenn mindestens einer oder eine der Verlobten die schweizerische Staatsbürgerschaft besitzt. Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach Artikel 75 Absatz 2 ZStV sinngemäss nach den Vorschriften über das Vorbereitungsverfahren für eine Eheschliessung in der Schweiz (Art. 62–67, 69 und 74a ZStV). Es rechtfertigt sich daher, die Ausführungen zum Ehefähigkeitszeugnis direkt in Verbindung mit der Entgegennahme und Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Eheschliessung in der Schweiz zu regeln (keine Änderung der bisherigen Praxis). An sich kann ein gleichgeschlechtliches Paar in der Schweiz oder in anderen Staaten heiraten; es kann also ein Ehefähigkeitszeugnis beantragen, auch wenn das Paar dieses letztlich dazu verwendet, eine Form der eingetragenen Partnerschaft nach ausländischem Recht einzugehen (wie eine "unione civile" nach italienischem Recht, die in der Schweiz als eingetragene Partnerschaft anerkannt und nachbeurkundet wird; siehe Ziff. 11.2), bzw. das Dokument nicht verwendet, weil es auf die geplante Heirat verzichtet.

Das Ehefähigkeitszeugnis kann ohne Weiteres gemäss dem Muster, das dem Übereinkommen der CIEC Nr. 20 über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen (SR 0.211.112.15) beigefügt ist, ausgestellt werden; dieses ermöglicht die Berücksichtigung gleichgeschlechtlicher Verlobter bereits heute. Am 13. September 2024 unterzeichnete die Schweiz das neue Übereinkommen (Nr. 35) über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen und über die Fähigkeit, eine eingetragene Partnerschaft zu

begründen, das am selben Tag angenommen wurde, aber noch nicht in Kraft getreten ist. Letztendlich wird das neue Übereinkommen das Übereinkommen Nr. 20 ersetzen. Vor der Einführung der Dokumente nach dem neuen Übereinkommen ist gegebenenfalls als Übergangslösung vorgesehen, die Rubrik „frühere Ehe mit“ (und ihre Übersetzungen auf Deutsch, Italienisch, Englisch und Spanisch) durch die Angabe „frühere eingetragene Partnerschaft mit“ (und ihre Entsprechungen in den anderen Sprachen) zu ersetzen. Beispiele finden sich im Anhang.

3.5 Eheschliessung von ausländischen Staatsangehörigen ohne Wohnsitz in der Schweiz

Die sogenannte Touristenheirat, d.h. die Ehe von Verlobten, die beide ausländische Staatsangehörige sind und im Ausland wohnen, ist nun auch für gleichgeschlechtliche Paare unter den Bedingungen von Artikel 43 Absatz 2 IPRG und Artikel 73 ZStV zulässig. So kann ausländischen Verlobten ohne Wohnsitz in der Schweiz die Eheschliessung in der Schweiz von der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen bewilligt werden, wenn die Ehe in ihrem Wohnsitz- oder Heimatstaat anerkannt wird.

Das nach dem Übereinkommen der CIEC Nr. 20 (siehe Ziff. 3.4) ausgestellte Ehefähigkeitszeugnis hat die Beweiskraft eines solchen Anerkennungsnachweises. Die Gültigkeit des Zeugnisses ist auf die Dauer von sechs Monaten begrenzt, vom Tag der Ausstellung angerechnet (Art. 7); es ist von der Beglaubigung und jeder anderen gleichwertigen Förmlichkeit befreit (Art. 10). Für Staaten, die dieses Zeugnis nicht kennen, können andere Dokumente verwendet werden (z. B. das Certificate of no impediment). Falls der Heimat- oder Wohnsitzstaat der Verlobten keine solche Dokumente ausstellt, kann die Ehefähigkeit nach Prüfung der ausländischen gesetzlichen Bestimmungen entsprechend der bisherigen Praxis festgestellt werden.

Im Zusammenhang mit der Eheschliessung gleichgeschlechtlicher Paare ist zu erwähnen, dass die Anerkennung im Ausland der in der Schweiz geschlossenen Ehe eine Teilanerkennung sein kann, und zwar in dem Sinne, dass ein Staat beispielsweise bestätigen kann, die im Ausland geschlossene Ehe zwischen seinen Staatsangehörigen des gleichen Geschlechts nicht als solche, sondern als Zivilgemeinschaft oder eingetragene Partnerschaft zu anerkennen, entsprechend der analogen Regel zu Artikel 45 Absatz 3 IPRG in seiner bis zum 30. Juni 2022 geltenden Fassung («Eine im Ausland gültig geschlossene Ehe zwischen Personen gleichen Geschlechts wird in der Schweiz als eingetragene Partnerschaft anerkannt.»). Auch hier ist es Aufgabe der kantonalen Aufsichtsbehörde, gemäss Artikel 43 Absatz 2 IPRG und Artikel 73 ZStV zu entscheiden.

3.6 Aufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland

Bezüglich der Einzelheiten der Zusammenarbeit mit den Schweizer Vertretungen im Ausland im Rahmen der Ehevorbereitung wird auf die [Weisung EAZW Nr. 10.20.02.01 «Zivilstandsaufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland»](#) verwiesen (Ziff. 5).

4 Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe

4.1 Umwandlung der Partnerschaft in Infostar

Die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe erfolgt über den Geschäftsfall „Umwandlung“.

4.2 Zuständigkeit für die Entgegennahme von Umwandlungserklärungen

Eingetragene Partnerinnen oder Partner haben die Möglichkeit, diese Erklärung gegenüber dem Zivilstandsamt ihrer Wahl abzugeben.

Die Umwandlungserklärung kann bei Wohnsitz im Ausland auch vom Personal der zuständigen Schweizer Vertretung im Ausland entgegengenommen werden (Art. 5 Abs. 1 Bst. c^{bis} und 75n Abs. 1 ZStV). Dies bedingt jedoch, dass die eingetragene Partnerschaft zuvor im Schweizerischen Personenstandsregister nachbeurkundet worden ist. Die Betroffenen haben dafür einen Nachweis zu erbringen (durch Vorlegen eines Zivilstandsdokumentes im Original oder in Kopie, etwa einer Partnerschaftsurkunde, eines Partnerschaftsausweises, einer Bestätigung der Eintragung einer im Ausland begründeten Partnerschaft, einem Personenstandsausweis für schweizerische Staatsangehörige oder einem Ausweis über den eingetragenen Personenstand). Ohne entsprechenden Nachweis der Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft im Zivilstandsregister kann die Erklärung nicht entgegengenommen werden. In diesem Zusammenhang ist ausserdem zu beachten, dass eine Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe nicht in Betracht kommt, wenn die Verbindung ursprünglich im Ausland als Ehe geschlossen und diese in der Schweiz als eingetragene Partnerschaft gemäss dem bis zum 30. Juni 2022 geltenden Recht anerkannt und beurkundet wurde. In diesen Fällen können die Ehegatten aber die Aktualisierung des Eintrags in Infostar beantragen (siehe Ziff. 11.3).

Gemäss Artikel 5 Buchstabe f des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (siehe auch Weisung EAZW Nr. 10.20.02.01 vom 1. Februar 2020 Zivilstandsaufgaben der schweizerischen Vertretungen im Ausland, Ziff. 2.2.1 und 8) ist die Ausübung von zivilstandsamtlichen Befugnissen nur zulässig, sofern die Gesetze und Verordnungen des Wohnsitzstaates dem nicht entgegenstehen. Einschränkungen sind insbesondere in Staaten möglich, die auch die Möglichkeit kennen, eine eingetragene Partnerschaft durch Erklärung in eine Ehe umzuwandeln. Wenn die Situation unklar ist und insbesondere in Fällen, in denen die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe möglicherweise nicht anerkannt wird, weil einer der Partner die Staatsangehörigkeit des Aufnahmestaats besitzt, fordert die Auslandsvertretung das Paar auf, die Erklärung zur Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe bei den zuständigen örtlichen Behörden abzugeben.

Die von der Vertretung der Schweiz entgegengenommenen Erklärungen sind anschliessend vom zuständigen Zivilstandsamt zu beurkunden (vgl. Art. 21 Abs. 2 ZStV). Wenn das Paar dies wünscht, kann es einen "Nachweis der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe" (siehe Ziff. 4.5) oder eine Eheurkunde nach dem Übereinkommen der CIEC Nr. 34 über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Zivilstandsregistern (siehe Ziff. 9) bestellen. Zu den dafür anfallenden Gebühren siehe Ziffer 8.

Nur Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte (sowie andere, diesen gleichgestellten öffentlichen Amtsträger) sind befugt, beweiskräftige Zivilstandsdokumente auszustellen. Das Personal der Auslandsvertretung ist nicht befugt, eine zivilstandsrechtliche Tatsache wie die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe zu bestätigen, sondern leitet die Bestellung der Dokumente gegebenenfalls an das Zivilstandsamt in der Schweiz weiter. Um Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, wird das Vertretungspersonal insbesondere davon absehen, eine Kopie der mit dem Stempel der Vertretung versehenen gemeinsamen Erklärung der Partner oder ein anderes Dokument zu übergeben, das den Eindruck erwecken könnte, dass die Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe offiziell anerkannt wird.

Es ist zu beachten, dass Umwandlungserklärungen von der Vertretung nicht im Rahmen einer Zeremonie (Art. 35 Abs. 3 nPartG i. V. m. Art. 75o ZStV, siehe Ziff. 4.6) entgegengenommen werden können. Betroffene Personen, die eine Zeremonie wünschen, haben sich an ein Zivilstandsamt in der Schweiz zu wenden.

Zudem wird auf die [Weisung EAZW Nr. 10.20.02.01 «Zivilstandsaufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland»](#) (Ziff. 6) verwiesen.

4.3 Voraussetzungen der Umwandlungserklärung

Gleichgeschlechtliche oder verschiedengeschlechtliche Paare, die vor dem 1. Juli 2022 in der Schweiz oder im Ausland eine eingetragene Partnerschaft begründet haben, können ihre Partnerschaft jederzeit durch gemeinsame Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten in eine Ehe umwandeln (Bericht RK-N, Ziff. 7.2, Kommentar zu Art. 1 E-PartG). Die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe setzt voraus, dass die Partnerschaft gemäss den Regeln des PartG eingegangen wurde oder dass die ausländische Institution in der Schweiz tatsächlich als eingetragene Partnerschaft anerkannt wurde; dabei kann es sich um eine eingetragene Partnerschaft zwischen Personen gleichen oder unterschiedlichen Geschlechts handeln. Zu beachten ist ausserdem, dass bei Partnerschaften von Personen unterschiedlichen Geschlechts die Nachbeurkundung in Infostar seit dem 1. Juli 2022 möglich ist (siehe Ziff. 11.2). Die Entgegennahme einer gemeinsamen Erklärung zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe richtet sich nach Schweizer Recht und ist somit nicht an die Bedingung geknüpft, dass im Herkunftsstaat der Ehegatten ein entsprechendes Verfahren bekannt ist.

Die Ausführungsbestimmungen zur Umwandlung nach den Artikeln 35 und 35a nPartG sind in den neuen Artikeln 75n und 75o ZStV geregelt, die im Kapitel 7a ZStV integriert sind, dessen Titel folglich geändert wurde («Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe»).

Die Identität und die Handlungsfähigkeit der vorsprechenden Personen sind zu prüfen (Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV; siehe auch Bericht RK-N, Ziff. 7.2 zu Art. 35 Abs. 2 nPartG). An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass das Verfahren und die Voraussetzungen für die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe im Vergleich zum ordentlichen Eheschliessungsverfahren einfacher sind. Die Umwandlung einer Partnerschaft in eine Ehe muss ohne unnötige bürokratische Hürden erfolgen und setzt die Urteilsfähigkeit der Partnerinnen und Partner voraus (vgl. Art. 94 ZGB; siehe auch Bericht RK-N, Ziff. 4.3.1 und 5.3.3). Die Partnerinnen und Partner müssen aktuelle Dokumente einreichen, die ihre bestehende eingetragene Partnerschaft nachweisen, sofern diese nicht bereits aus dem Personenstandsregister ersichtlich ist (Art. 16 Abs. 4 ZStV), was bei schweizerischen

Staatsangehörigen in der Regel der Fall ist (Art. 39 ZStV), nicht jedoch bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (siehe Bericht RK-N, Ziff. 7.2 zu Art. 35 Abs. 2 nPartG).

Wurde die Partnerschaft im Ausland begründet, setzt die Umwandlung voraus, dass die Partnerschaft zuerst als gleichwertig mit dem schweizerischen Institut der eingetragenen Partnerschaft anerkannt und im Personenstandsregister nachbeurkundet wurde; andernfalls wird das Paar aufgefordert, ein Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zu stellen (siehe Ziff. 3 und Bericht RK-N, Ziff. 7.2 zu Art. 35 Abs. 4 E-PartG). Im gleichen Sinne können eingetragene Partnerschaften gemäss dem Genfer oder Neuenburger Recht, die ausschliesslich Wirkungen nach kantonalem Recht entfalten und keine zivilstandsrechtlichen Wirkungen haben, nicht in eine Ehe umgewandelt werden; auch hier ist gegebenenfalls ein ordentliches Ehevorbereitungsverfahren durchzuführen.

Sind die Voraussetzungen für eine Umwandlung nicht erfüllt, ist die Entgegennahme der Erklärung zu verweigern. Auf Antrag ist eine anfechtbare Verfügung zu erlassen (Art. 90 Abs. 1 ZStV).

Von den Bestimmungen über die Umwandlungserklärung nicht erfasst sind:

- Ehen zwischen Personen gleichen Geschlechts, die vor dem 1. Juli 2022 im Ausland gültig geschlossen wurden: Wurde eine solche Ehe in der Schweiz noch nicht nachbeurkundet, ist sie ab Inkrafttreten der ZGB-Revision, d.h. ab dem 1. Juli 2022, als Ehe zu beurkunden. In der Praxis wurde der Fall beobachtet, dass Paare, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, später im Ausland eine Ehe geschlossen haben oder ihre Verbindung in Übereinstimmung mit einem ausländischen Recht in eine Ehe umgewandelt haben. Für den Fall, dass das Paar bereits im Ausland rechtsgültig verheiratet ist, muss die Verbindung als Ehe anerkannt werden (mit dem Datum des Inkrafttretens der ausländischen Eheschliessung). In diesem Fall muss der Antrag der Ehegatten, eine Erklärung zur Umwandlung der früheren Partnerschaft in eine Ehe einzureichen oder ein neues Ehevorbereitungsverfahren durchzuführen, abgelehnt werden; der Antrag, eine Erklärung zur Umwandlung der früheren Partnerschaft in eine Ehe einzureichen, muss hingegen per se zugelassen werden (siehe unten Ziff. 11.3 und Bericht RK-N, Ziff. 5.2.2 und Ziff. 7.3, Kommentar zu Art. 45 Abs. 3 E-IPRG).
- Partnerschaften, die nach dem Inkrafttreten der ZGB-Revision, d.h. nach dem 30. Juni 2022, im Ausland begründet wurden. Diese unterliegen nicht dem Verfahren zur Umwandlung nach Artikel 35 PartG, weil dieses Gesetz nur auf Verbindungen anwendbar ist, die vor dem 1. Juli 2022 begründet wurden (vgl. Art. 1 nPartG). In diesen Fällen können die Partnerinnen und Partner jederzeit gestützt auf das neue Recht miteinander die Ehe eingehen, ohne die zwischen ihnen begründete Partnerschaft aufzulösen (siehe Ziff. 3 und Bericht RK-N, Ziff. 5.3.1, Ziff. 5.3.3, Ziff. 7.1 zu Art. 96 E-ZGB und Ziff. 7.2 und Art 35 Abs. 4 E-PartG). Auch in diesem Fall ist vor der Eheschliessung ein ordentliches Ehevorbereitungsverfahren durchzuführen.

4.4 Persönliches Erscheinen der Erklärenden

Die Erklärenden müssen persönlich vor der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten respektive auf der Schweizer Vertretung im Ausland vor der akkreditierten konsularischen Mitarbeiterin oder dem akkreditierten konsularischen Mitarbeiter erscheinen und die Umwandlungserklärung gemeinsam abgeben. Es ist somit nicht möglich, dass nur eine der Partnerinnen oder einer der Partner die Erklärung abgibt. In den Ausnahmefällen, in denen die erklärenden Personen nicht in der Lage sind, sich in den Amtsraum zu begeben, haben sie die Möglichkeit, die Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten ausserhalb der Amtsräume abzugeben (siehe Art. 75n Abs. 3 ZStV).

Es ist nicht zulässig, die Erklärung über die Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe von den Partnern getrennt entgegenzunehmen. Artikel 75n ZStV bestätigt eindeutig das oben erwähnte Erfordernis des persönlichen und gleichzeitigen Erscheinens der Partner vor ein und derselben Zivilstandsbeamtin oder vor ein und demselben Zivilstandsbeamten bzw. vor der zuständigen Schweizer Vertretung, entsprechend dem Wortlaut von Artikel 35 Absatz 1 nPartG (Verwendung der Adverbien "zusammen", "gemeinsam" bzw. "congiuntamente") und den Gesetzesmaterialien (Bericht RK-N, Ziff. 7.2 zu Art. 35 E PartG).

4.5 Form der Umwandlungserklärung

Die Umwandlungserklärung ist auf dem vom EAZW festgelegten Formular (Art. 6 ZStV) entgegenzunehmen. Sie ist von den Erklärenden eigenhändig und in Gegenwart der Person, die für die Entgegennahme und die Beurkundung zuständig ist, zu unterschreiben (Art. 18 Abs. 1 Bst. o ZStV). Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte bzw. die dazu ermächtigte Mitarbeiterin oder der dazu ermächtigte Mitarbeiter der Schweizer Vertretung im Ausland beglaubigen die Unterschriften (Art. 75n Abs. 4 ZStV). Die Betroffenen können die Ausstellung des Formulars «Nachweis der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» verlangen (Zivilstandsformular gem. Art. 6 ZStV; siehe auch Ziff. 9).

4.6 Umwandlungserklärung in zeremonieller Form

Auf Antrag kann die Umwandlungserklärung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe in der Schweiz (aber nicht vom Personal der Schweizer Vertretungen im Ausland; siehe oben Ziff. 4.2) im Rahmen einer Zeremonie analog der Trauung entgegengenommen werden, d.h. im Trauungslokal in Anwesenheit von zwei volljährigen und urteilsfähigen Zeuginnen oder Zeugen (Art. 35 Abs. 3 nPartG und Art. 75o ZStV). Die Entgegennahme der Umwandlungserklärung ist öffentlich; die Zeuginnen oder Zeugen, deren Anwesenheit obligatorisch ist, sind von den erklärenden Personen auszuwählen.

Die Einzelheiten, insbesondere der Zeitpunkt der Zeremonie, werden im Rahmen der kantonalen Vorschriften und im Einvernehmen mit den Betroffenen festgelegt, wie dies auch bei einer Trauung der Fall ist (Art. 99 Abs. 3 ZGB, Art. 35 Abs. 3 nPartG, Bericht RK-N, Ziff. 7.2 zu Art. 35 Abs. 3 E-PartG). Die Einzelheiten der Zeremonie sind der Praxis der Kantone bzw. der einzelnen Zivilstandsbeamten überlassen. Wenn das Paar dies wünscht, kann die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte Formulierungen verwenden, die sich an Artikel 71 Absatz 2 ZStV orientieren, wobei er daran erinnert, dass auch in diesem Fall die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe erst im Zeitpunkt der Beglaubigung

der Unterschriften durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten erfolgt (siehe Ziff. 4.7). Dazu ist das um die Zeugen erweiterte Formular «Umwandlungserklärung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» zu verwenden (siehe Ziff. 9).

Artikel 75o Absatz 2 ZStV verweist auf Artikel 75n Absatz 2 ZStV und Artikel 72 ZStV, die entsprechend anwendbar sind. Dies bedeutet, dass die Entgegennahme der Umwandlungserklärung ausnahmsweise auch an einem anderen Ort als in den Amtsräumen erfolgen kann, wenn die Erklärungswilligen nachweisen, dass ihr Erscheinen dort offensichtlich nicht möglich ist (siehe Ziff. 4.4). Ausserdem kann die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die Zahl der teilnehmenden Personen aus Ordnungsgründen beschränken. Wer die Trauhandlung stört, wird weggewiesen (Art. 72 Abs. 1 ZStV).

Das kantonale Recht kann vorsehen, dass bestimmte Mitglieder einer Gemeindeexekutive zu ausserordentlichen Zivilstandsbeamtinnen oder ausserordentlichen Zivilstandsbeamten mit der ausschliesslichen Befugnis, Trauungen zu vollziehen und die Erklärungen über die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe entgegenzunehmen, ernannt werden. Diese Befugnis erfordert somit eine gesetzliche Grundlage im kantonalen Recht und steht gemäss der Zielsetzung der Revision nur für die Entgegennahme von Erklärungen über die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe im Rahmen einer Zeremonie zur Verfügung.

4.7 Wirkungen der Umwandlungserklärung

Die Erklärung ist per Datum der Unterschriften beider Partnerinnen oder Partner und deren Beglaubigung durch die zuständige Amtsperson wirksam (Art. 18a Abs. 1 ZStV). Ab diesem Datum gelten die bisherigen eingetragenen Partnerinnen oder Partner als verheiratet (Art. 35a Abs. 1 nPartG). Im Personenstandsregister sind ihre Beziehungsdaten (statt «eingetragene Partnerschaft» neu «Eheverhältnis» gem. Art. 8 Bst. j Ziff. 1 ZStV) sowie ihr Zivilstand (statt «in eingetragener Partnerschaft» neu «verheiratet» gem. Art. 8 Bst. d Ziff. 1 ZStV) per Erklärungsdatum entsprechend zu beurkunden. Die Umwandlungserklärung ist als Beleg zu den Akten zu nehmen (Art. 31 f. ZStV). Macht eine gesetzliche Bestimmung die Rechtsfolgen von der Dauer der Ehe abhängig, so ist zu beachten, dass die Dauer der vorangehenden eingetragenen Partnerschaft angerechnet wird (Art. 35a Abs. 2 nPartG). Diese Dauer wird gegebenenfalls durch die Ausstellung des Dokuments «Nachweis der Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» (siehe Ziff. 4.5) zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung oder Bescheinigung im Sinne von Artikel 47 Abs. 2 Bst. a ZStV gegenüber den interessierten Personen und Behörden bescheinigt.

Die Umwandlungserklärung hat nach schweizerischem Recht keine Auswirkung auf den Namen. Haben die Partnerinnen oder Partner bei der Eintragung ihrer Partnerschaft entschieden, den bisherigen Namen zu behalten (gemäss Art. 12a PartG oder der Übergangsbestimmung, Art. 37a PartG), haben sie mit der Umwandlung nicht erneut die Möglichkeit, einen gemeinsamen Namen zu bestimmen. Jeder Ehegatte kann aber eine Namensänderung im Rahmen von Artikel 30 ZGB beantragen (Bericht RK-N, Ziff. 4.3.2).

5 Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter

Die ZGB-Revision sieht die Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter des Kindes vor, wenn das Kind nach den Bestimmungen des FMedG durch eine Samenspende gezeugt worden ist (Art. 255a ZGB). Das verfassungsmässige Recht des Kindes auf Kenntnis der Daten über seine Abstammung (Art. 119 Abs. 2 Bst. g BV) wird durch die im FMedG vorgeschriebene ärztliche Dokumentationspflicht (Art. 24 FMedG) sowie durch die Führung der Samenspenderdaten im Spenderdatenregister sichergestellt (Art. 15 ff. der Fortpflanzungsmedizinverordnung; FMedV; Art. 16 Abs. 3 Bst. b dieser Verordnung wurde infolge der Änderung von Art. 24 Abs. 3 FMedG angepasst).

Da gemäss dieser Regelung eine Anfechtung des auf diese Weise gezeugten Kindes durch die Ehefrau der Mutter nicht möglich ist, erfolgt keine Mitteilung an die Kindesschutzbehörde (Art. 50 ZStV; siehe auch Art. 16 Abs. 3, 23 Abs. 1 und 24 Abs. 3 nFMedG).

Die Co-Mutterschaft gemäss Artikel 255a ZGB kann nur berücksichtigt werden, wenn das Kind nach den Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes durch eine Samenspende gezeugt worden ist (Art. 23 Abs. 1 nFMedG). Das Vorliegen der Co-Mutterschaft wird von den Zivilstandsämtern von Amtes wegen überprüft und erfordert das Beibringen einer ärztlichen Bescheinigung. Es ist zu präzisieren, dass es keine gesetzliche Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter gibt, wenn das Kind durch eine private Samenspende oder durch eine Samenspende im Ausland gezeugt worden ist (siehe auch das Votum von Andrea Caroni anlässlich der Wintersession vom 01.12.2020, AB 2020 E 1113).

Artikel 35 ZStV wurde im Hinblick auf das Inkrafttreten von Artikel 255a ZGB ergänzt. Nach dem seit dem 11. November 2024 geltenden Wortlaut muss die die Co-Mutterschaft der Ehefrau ausdrücklich durch eine Bestätigung der behandelnden Ärztin oder des behandelnden Arztes im Sinne von Artikel 25 FMedG bestätigt werden. Aus Gründen der Rechtssicherheit kann sich die ärztliche Bescheinigung nicht auf einen einfachen Vermerk im Formular für die Geburtsmeldung stützen.

Die ärztliche Bestätigung, wonach das Kind gemäss den Bestimmungen des FMedG gezeugt worden ist, kann bereits vor der Geburt des Kindes oder anlässlich der Bekanntgabe der Geburt eingereicht werden. Wird diese erst nach der Geburtsmeldung und deren Beurkundung dem Zivilstandsamt vorgelegt, so ist die Entstehung des Kindesverhältnisses zur Ehefrau der Mutter nachträglich und kostenlos zu beurkunden. Das Zivilstandsamt nimmt die Ergänzung der Elternschaft der Ehefrau gemäss Artikel 15a Absatz 6 ZStV vor. Es ist zu beachten, dass das Zivilstandsamt die Mitwirkung der betroffenen Personen verlangen kann (Art. 16 Abs. 5 ZStV).

Für die Fragen des internationalen Privatrechts wird auf Ziffer 11.4 verwiesen.

6 Eingetragene Partnerschaft

6.1 Keine neuen eingetragenen Partnerschaften in der Schweiz

Seit dem 1. Juli 2022 ist die Begründung neuer eingetragener Partnerschaften in der Schweiz nicht mehr möglich. Die Paare, ob sie nun verschiedengeschlechtlich oder gleichgeschlechtlich sind, können nur noch die Ehe wählen (siehe insbesondere Art. 94 ZGB und oben Ziff. 3.2).

Die Bestimmungen über die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft (Art. 3–8 aPartG) wurden aufgehoben. Folglich wurden auch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen in der ZStV aufgehoben (Art. 75a–75m).

6.2 Schicksal bestehender eingetragener Partnerschaften

Das Institut der eingetragenen Partnerschaft wird insoweit bestehen bleiben, als dass es den eingetragenen Partnerinnen und Partnern freisteht, die vor dem 1. Juli 2022 begründete eingetragene Partnerschaft weiterzuführen. Das PartG bleibt somit weiterhin in Kraft, um die noch bestehenden eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu regeln (Bericht RK-N, Ziff. 4.4).

Aus diesem Grund wurden verschiedene Bestimmungen der ZStV und der ZStGV, die Regelungen zur eingetragenen Partnerschaft enthalten, nicht revidiert (insbesondere Art. 5 Abs. 2, 7 Abs. 2 Bst. q und r, 13a, 16 Abs. 8, 18 Abs. 1 Bst. f, 23 Abs. 3 und 5, 24 Abs. 2 Bst. a, 40 Abs. 1 Bst. l und m, 34a Abs. 1 Bst. b, 44a Abs. 2 Bst. c, 46 Abs. 1^{bis}, 89 Abs. 3 Bst. b, der Titel des Abs. 2 sowie Anhang Ziff. 15.1 ZStV und Anhang 1, Ziff. 1.2 ZStGV).

Dies liegt daran, dass vor der Revision begründete eingetragene Partnerschaften, die nicht in eine Ehe umgewandelt wurden (Art. 35 nPartG, Art. 75n f. ZStV; siehe Ziff. 4 ff.) sowie nach Inkrafttreten der Revision im Ausland begründete eingetragene Partnerschaften (gleichgeschlechtliche oder verschiedengeschlechtliche; siehe auch Ziff. 11.2) bis zu ihrer Auflösung respektive Feststellung der Ungültigkeit (Art. 9 ff., 29 ff. PartG) Bestand haben und im Personenstandsregister beurkundet und fortgeführt werden.

So bleiben insbesondere die Artikel 12a und 30a PartG unverändert. Die Person, die ihren Namen bei der Eintragung der Partnerschaft geändert hat, kann nach deren Auflösung jederzeit erklären, dass sie wieder ihren Ledignamen tragen will (Art. 30a PartG i. V. m. Art. 13a ZStV).

Das bedeutet, dass die Zivilstandsämter auch in Zukunft weiterhin die Dokumente im Zusammenhang mit dem Bestehen oder der Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft ausstellen werden (siehe auch Ziff. 9).

7 Mitteilungen

Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte veranlasst die vorgeschriebenen Mitteilungen, einschliesslich derjenigen, die das kantonale Recht vorsieht (Art. 48a ff., insbesondere 49 Abs. 1 Bst. b, 56 ZStV).

Artikel 51 Absatz 1 ZStV über die Mitteilungen an das Staatssekretariat für Migration (SEM) wurde angepasst. Selbst wenn eingetragene Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen in der Schweiz nicht mehr begründet werden können, ist eine im Ausland (gleich- oder verschiedengeschlechtlich) begründete und in der Schweiz nachbeurkundete eingetragene Partnerschaft dem SEM zu melden. Im Übrigen ist auch die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe zu melden.

Zudem sind dem SEM auch die Auflösung der Ehe und der eingetragenen Partnerschaft mitzuteilen, soweit Personen nach Artikel 51 Absatz 1 ZStV betroffen sind und eine Beurkundung der Eheauflösung oder Partnerschaftsauflösung im Personenstandsregister erfolgt (Art. 15a ZStV). Dies ermöglicht es dem SEM, die mit einer Eheauflösung verbundenen Aufenthaltsrechte zeitnah einer Überprüfung zu unterziehen.

Andererseits sind die Eheurkunden gemäss den Bilateralen Abkommen mit Deutschland (SR 0.211.112.413.6), Österreich (0.211.112.416.3) und Italien (0.211.112.445.4) vorzunehmen. Handelt es sich um ein gleichgeschlechtliches Paar, übermittelt das Zivilstandsamt die Eheurkunde auf dem internationalen Formular gemäss dem Übereinkommen der CIEC Nr. 34 über die Ausstellung von mehrsprachigen und codierten Auszügen und Bescheinigungen aus Zivilstandsurkunden (SR 0.211.112.113; siehe Ziff. 9 unten). Gemäss Artikel 54 ZStV wird die Mitteilung vom Zivilstandsamt zuhanden der ausländischen Vertretung direkt an den FIS weitergeleitet, sofern das internationale Abkommen nichts anderes vorsieht, was für deutsche und österreichische Staatsangehörige gilt. Bei der Übermittlung der Eheurkunde gibt das Zivilstandsamt an, auf welcher Grundlage die Übermittlung verlangt wird (Abkommen mit Deutschland bzw. Österreich). Bei italienischen Staatsangehörigen übermittelt das Zivilstandsamt die Eheurkunde direkt an die zuständige konsularische Vertretung.

Seit dem 1. Juli 2022 können keine eingetragenen Partnerschaften mehr in der Schweiz eingegangen werden. Die Artikel 75a–75m ZStV wurden deshalb vollumfänglich aufgehoben. Der Verweis auf die Artikel 75f und 75m ZStV wurde im Artikel 51 ZStV gestrichen.

Bezüglich der Mitteilung an die Kinderschutzbehörde siehe oben Ziffer 5.

8 Gebühren

Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte kassiert die vorgesehenen Gebühren ein.

Zahlreiche Tarifpositionen bleiben unverändert.

Die Nachführung des schweizerischen Zivilstandsregisters, insbesondere die Aktualisierung des Eintrags betreffend eine eingetragene Partnerschaft oder eine im Ausland geschlossene Ehe (vgl. Ziff. 11.2 f.), erfolgt im Normalfall weiterhin gebührenfrei (ZStV, Anhang 1, am Anfang, und Ziff. 15, Anhang 2, am Anfang, Anhang 3, Ziff. 1.1).

Für die Bestellung von Schweizer Zivilstandsdokumenten, die über eine Vertretung erfolgt, werden die üblichen Pauschalgebühren und Auslagen in Rechnung gestellt; diese Kosten müssen vom betroffenen Paar vorgeschossen werden (CHF 30. - + CHF 2.50 für das Zivilstandsamt + CHF 75.- + 5.- für die Vertretung + CHF 30.- + CHF 2.50 für das EAZW / FIS, in Anwendung der ZStV, Anhang 1, Ziff. 1.1, Anhang 3, Ziff. 1.2 und Anhang 4, Ziff. 1.1).

Jeder Bezirk muss mindestens ein Trauzimmer aufweisen, das Paaren für die Durchführung von Eheschliessungen und die Umwandlung von eingetragenen Partnerschaften in Ehen in Form einer Zeremonie kostenlos zur Verfügung steht; die Nutzung anderer Räumlichkeiten bedarf der Bewilligung der kantonalen Aufsichtsbehörde (Art. 1a Abs. 3 f. ZStV). Ein Zuschlag von CHF 50 kann erhoben werden, wenn die Trauung oder die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe in Form einer Zeremonie in einem anderen Raum als dem Trauzimmer stattfindet (ZStV, Anhang 1, Ziff. 11, Position 4).

Die Gebührenpositionen bezüglich der Ehevorbereitung und der Eheschliessung wurden angepasst (siehe Ziff. 3 ff.) Die Gebührenpositionen bezüglich der Eintragung einer Partnerschaft wurden gestrichen, während neue Positionen für die Entgegennahme der Umwandlungserklärung einer Partnerschaft in eine Ehe eingeführt wurden (Anhang 1, Ziff. 7, und Anhang 3 Ziff. 4.3, ZStGV; siehe auch Ziff. 4 ff.).

Zu beachten ist insbesondere der Zuschlag für die Vereinbarung des Trauungstermins und der damit verbundenen Einzelheiten der Zeremonie, wenn die Trauung nicht direkt im Anschluss an das Vorbereitungsverfahren im Trauungslokal (Art. 1a Abs. 3 ZStV) stattfinden kann (Anhang 1 Ziff. 11 ZStGV).

Im Falle einer Dienstreise an einen Ort ausserhalb der Amtsräume erhebt die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte die entsprechende zusätzliche Gebühr (Anhang 1, Ziff. 13 ZStGV) und lässt sich die Auslagen erstatten (Art. 7 Abs. 1 Bst. b ZStGV).

Bei einer Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe in Form einer Zeremonie wird die für die Entgegennahme der Umwandlungserklärung vorgesehene Gebühr und der Zuschlag für die Zeremonie erhoben, d.h. zweimal CHF 75.- für insgesamt CHF 150.- (Anhang 1, Ziff. 7 und 11, Position 4 ZStV), wobei allfällige weitere Leistungen gegebenenfalls zusätzlich in Rechnung gestellt werden.

Gemäss Artikel 3 Absatz 2 ZStGV können die Kantone vorsehen, dass die Gebühr für die Trauung oder die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe und für die in diesem Zusammenhang erfolgte Dienstreise (Art. 1a Abs. 4 ZStV) ganz oder teilweise erlassen wurde.

9 Zivilstandsformulare

Das EAZW hat die notwendigen Formulare erlassen (Art. 6 und 84 ZStV).

Die Zivilstandsformulare, die im Rahmen der Umsetzung der Ehe für alle neu eingeführt wurden (siehe auch Ziff. 4, 4.4, 4.5, 5 und 10.3), ersetzen die bisherigen Formulare; diese dürfen nicht mehr verwendet werden.

Die Auszüge mit diesen neuen nationalen Formularen können direkt aus Infostar ausgestellt werden.

Zur Ausstellung der Ehefähigkeitszeugnisse gemäss dem Übereinkommen der CIEC Nr. 20 siehe Ziffer 3.3.

Die Schweiz hat zudem die Ratifikationsurkunde betreffend das Übereinkommen der CIEC Nr. 34 über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Zivilstandsregistern hinterlegt (SR 0.211.112.113). Nach heutigem Stand ist das Übereinkommen Nr. 34 auch von Deutschland und Belgien ratifiziert worden. Es enthält geschlechtsneutrale Formulare für die Geburt, die Anerkennung, die Ehe, die eingetragene Partnerschaft und den Tod und ersetzt das Übereinkommen der CIEC Nr. 16 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Zivilstandsregistern, abgeschlossen in Wien am 8. September 1976 (SR 0.211.112.112), dessen Formulare für gleichgeschlechtliche Eheleute oder Eltern nicht passen.

Nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens der CIEC Nr. 34 liegt das Übereinkommen der CIEC Nr. 16 nicht mehr zur Unterzeichnung auf. Beachten Sie, dass das Übereinkommen der CIEC Nr. 34 gemäss seinem Art. 17 mit seinem Inkrafttreten, d. h. ab dem 1. Juli 2022, das Übereinkommen der CIEC Nr. 16 ersetzt. Letzteres Übereinkommen bleibt jedoch zwischen den Staaten, die Vertragsparteien sind, formell in Kraft, solange einer von ihnen nur durch dieses Übereinkommen gebunden bleibt.

Mit der Einführung von Infostar NG (seit dem 11.11.2024) stellen die Zivilstandsbeamten bei Erhalt einer Bestellung für internationale Auszüge nun systematisch Auszüge nach den Mustern des Übereinkommens der CIEC Nr. 34 anstelle der Auszüge nach den Mustern des Übereinkommens Nr. 16 aus.

Die neuen Muster sind umfassender und ermöglichen die Ausstellung von Auszügen aus Anerkennungsurkunden und Urkunden über eingetragene Partnerschaften, die es nach dem Übereinkommen Nr. 16 nicht gibt. Sie entsprechen den geltenden gesetzlichen Standards, indem sie die Möglichkeit bieten, gleichgeschlechtliche Paare und Eltern auf den verschiedenen Auszügen zu vermerken.

Umfragen zufolge sollten die nach dem Übereinkommen Nr. 34 erstellten Auszüge in allen Staaten akzeptiert werden, auch in denjenigen, die nur das Übereinkommen Nr. 16 ratifiziert haben.

Formal gesehen sind die Staaten, die das Übereinkommen Nr. 16 ratifiziert haben, verpflichtet, ausschliesslich die nach diesem Übereinkommen ausgestellten internationalen Auszüge ohne Beglaubigung oder gleichwertige Formalität zu akzeptieren (vgl. Art. 8), ohne dass eine solche Verpflichtung für Auszüge besteht, die nach dem Übereinkommen Nr. 34 ausgestellt wurden. In der Praxis kann es daher vorkommen, dass Personen, die einen internationalen Auszug bestellt und ein solches Dokument nach den Mustern des Übereinkommens Nr. 34 erhalten haben, auf Schwierigkeiten bei der Anerkennung stossen. In diesem Fall und sofern diese Schwierigkeiten glaubhaft gemacht werden, stellt der Zivilstandsbeamte, der den ersten Auszug nach dem Muster des Übereinkommens Nr. 34 ausgestellt hat, den entsprechenden Auszug nach dem Muster des Übereinkommens Nr. 16 ohne zusätzliche Kosten aus.

Wie die CIEC-Formulare auszufüllen sind, ist im Übereinkommen Nr. 34 selbst festgehalten, insbesondere in den Artikeln 2 und 3, die in Anhang 3 unter dem Titel «Für die Formblätter der CIEC geltende Vorschriften» näher erläutert werden. Es ist zu beachten, dass nach diesen Regeln (Ziff. 12 Bst. c) ein Feld oder ein Teil eines Feldes des Formblatts der CIEC, das nicht mit den ursprünglichen Angaben und nachträglichen Vermerken ausgefüllt werden kann, durch Striche in diesem Feld oder Teil des Feldes unbrauchbar gemacht wird. Entsprechend der Praxis ist es möglich, die durchgezogenen Striche (siehe grüner Ordner Handbuch für das Zivilstandswesen Beispiele A, CIEC 21a0001) durch das Symbol «-/-» zu ersetzen. «Das Feld «7-2-1 Geburtsname» entspricht in der Schweiz dem Ledignamen und das Feld «9-3-3 Nr. des Auszugs» ist mit der Geschäftsfallnummer aus Infostar auszufüllen». Wird die Partnerschaft in eine Ehe umgewandelt, kann sich das Paar gegen Bezahlung einen entsprechenden Nachweis (siehe Ziff. 4.2 und 4.5) oder eine Eheurkunde gemäss Übereinkommen der CIEC Nr. 34 ausstellen lassen, in der die Buchstaben "CPM" gefolgt von Datum und Ort des ursprünglichen Abschlusses der eingetragenen Partnerschaft zu vermerken sind. Weitere Informationen zum Ausfüllen der Auszüge finden sich in der Weisung EAZW vom 3. Juni 2022 "Gleichgeschlechtliche Ehegatten und Eltern: Ausstellung von Auszügen gemäss Übereinkommen der CIEC Nr. 34".

Die neuen nationalen und internationalen Formulare sind auf der Website des EAZW für die Zivilstandsbehörden aufgeschaltet.

10 Internationales Privatrecht

10.1 Allgemeines

Die im Ausland geschlossenen Ehen und Partnerschaften müssen als Ehen und Partnerschaften anerkannt werden, unabhängig davon, ob sie vor oder nach dem 1. Juli 2022 geschlossen wurden (Bericht RK-N, Ziff. 5.3.1). Im Ausland erfolgten Umwandlungen von eingetragenen Partnerschaften in Ehen oder umgekehrt müssen in der Schweiz entsprechend anerkannt werden.

10.2 Im Ausland eingetragene Partnerschaften

Im Ausland eingetragene Partnerschaften werden in Anwendung von Kapitel 3a IPRG (wobei der Begriff «eingetragene Partnerschaft» im weiteren Sinne zu verstehen ist, Art. 65a IPRG), von nun an in der Schweiz als eingetragene Partnerschaften anerkannt, sofern sie die Begründung einer Lebensgemeinschaft beinhalten, die ein Zivilstandsverhältnis mit ähnlicher Wirkung wie die Ehe begründen (sog. «starke Partnerschaft» aus personenstandsrechtlicher Sicht), aber nicht als Ehe bezeichnet werden.

Gemäss den Vorschriften des IPRG werden solche Partnerschaften in der Schweiz als eingetragene Partnerschaften anerkannt, unabhängig davon, ob es sich um Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen oder verschiedengeschlechtlichen Personen handelt (siehe Bericht RK-N, Ziff. 5.3.1; die Anerkennung und die Eintragung in das Personenstandsregister von Lebensgemeinschaften ohne Wirkung auf den Zivilstand bleiben ausgeschlossen, so beispielsweise der französische PACS (Pacte Civil de Solidarité, ziviler Solidaritätspakt), die belgische «Cohabitation légale» und die luxemburgische eingetragene Partnerschaft).

Die in Artikel 39 ZStV geregelte Meldepflicht für Partnerinnen und Partner besteht, wenn Schweizerinnen und Schweizer oder ausländische Staatsangehörige betroffen sind, die zu Schweizerinnen oder Schweizern in einem familienrechtlichen Verhältnis stehen. In diesem Fall ist eine Nachbeurkundung gestützt auf Artikel 32 IPRG als eingetragene Partnerschaft zu verfügen. Die Entstehung eines allfälligen Kindesverhältnisses ist separat gestützt auf Artikel 68 f. IPRG anzuknüpfen. Der Begriff der eingetragenen Partnerschaft wird im IPRG weit verstanden und schliesst jede Art von Lebensgemeinschaft mit ein, die ein Zivilstandsverhältnis mit ähnlicher Wirkung wie die Ehe begründet («starke Partnerschaft», «partenariat fort», siehe Bericht RN-N, Ziff. 2.3), das aber nicht Ehe genannt wird. Dabei kann es sich sowohl um Lebensgemeinschaften zwischen Personen gleichen Geschlechts als auch zwischen Personen unterschiedlichen Geschlechts handeln.

Im Falle von eingetragenen Partnerschaften, die nach dem 1. Juli 2022 im Ausland zwischen gleichgeschlechtlichen oder verschiedengeschlechtlichen Personen begründet worden sind, können die Partnerinnen oder Partner, indem sie sich dem Schweizer Heimatrecht unterstellen, erklären, wie künftige Eheleute den Ledignamen der einen oder anderen Partnerin oder des einen oder anderen Partners als gemeinsamen Namen tragen zu wollen (Art. 12 Abs. 2 und Art. 18 Abs. 1 Bst. c ZStV wurde entsprechend präzisiert).

10.3 Im Ausland geschlossene Ehen

Nach dem 1. Juli 2022 ist eine im Ausland rechtgültig geschlossene Ehe zwischen Personen gleichen Geschlechts in der Schweiz als Ehe und nicht mehr als eingetragene Partnerschaft einzutragen (infolge der Aufhebung von Art. 45 Abs. 3 IPRG). Dieser Grundsatz gilt unabhängig davon, ob die Ehe vor oder nach dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen erfolgt ist. Er gilt auch, wenn nach ausländischem Recht (z.B. nach § 20a des Lebenspartnerschaftsgesetzes des deutschen Rechts oder Section 9(6) des Marriage (Same Sex Couples) Act 2013 des britischen Rechts) die Partnerschaft in eine Ehe umgewandelt wurde; der Zeitpunkt der Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe entspricht dem in den Vorschriften des einschlägigen ausländischen Rechts vorgesehenen Zeitpunkt. Wurde eine im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe in Anwendung des bisherigen Artikel 45 Absatz 3 IPRG bereits im Schweizer Personenstandsregister als eingetragene Partnerschaft nachbeurkundet, können die betroffenen Paare unter Beibringung der ausländischen Eheschlussurkunde, einer Kopie davon oder einer gleichwertigen Urkunde, gemeinsam oder einzeln eine Änderung ihres im Personenstandsregister beurkundeten Zivilstandes (statt «in eingetragener Partnerschaft» neu «verheiratet», Art. 8 Bst. f Ziff. 1 ZStV) und ihrer Beziehungsdaten (statt «eingetragene Partnerschaft» neu «Eheverhältnis», Art. 8 Bst. o Ziff. 1 ZStV) beantragen. Zu beachten ist, dass diese Angaben für beide Eheleute nachgetragen werden, auch wenn der Antrag nur von einer Ehepartnerin oder einem Ehepartner gestellt wird. Die Aktualisierung ist überdies von Amtes wegen vorzunehmen, wenn die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte anlässlich der Eintragung eines neuen Zivilstandsereignisses oder der Ausstellung von Zivilstandsdokumenten Kenntnis davon erhält, dass die bisherige Registrierung als eingetragene Partnerschaft nicht der im Ausland geschlossenen Ehe entspricht und ihr bzw. ihm die ausländische Eheschlussurkunde zumindest in Kopie vorliegt respektive von den Betroffenen beigebracht wurde (Art. 15 Abs. 2 i. V. m. Art. 16 Abs. 1 Bst. c und Abs. 5 ZStV; Bericht RK-N, Ziff. 5.2.2). Die Nachführung erfolgt auch dann, wenn die Ehe in der Zwischenzeit aufgelöst wurde; die Auflösung muss dann ebenfalls registriert werden. Gemäss Artikel 32 IPRG können die betroffenen Personen verlangen, dass die Eintragung nachgeführt wird, indem sie an die zuständige kantonale Aufsichtsbehörde (Art. 22 ZStV) nach den Formen und Voraussetzungen des Verwaltungsverfahrensrechts des betreffenden Kantons ein Gesuch stellen. Im Übrigen kann das Gesuch unter den Voraussetzungen von Artikel 89 Absatz 4 ZStV auf elektronischem Weg eingereicht werden. Es ist zu beachten, dass es den Kantonen freisteht, interessierten Personen ein Muster (fakultativ) für ein Gesuch (beispielsweise in Form eines Formulars) zur Verfügung zu stellen. Um die Verfahren, an denen die Schweizer Vertretungen im Ausland beteiligt sind, zu vereinfachen, hat das EAZW ein Muster eines Antrags vorbereitet, das der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, unter [Formulare \(admin.ch\)](#).

Für die Einzelheiten zur Eintragung von Ehen, die im Ausland zwischen gleichgeschlechtlichen Personen geschlossen wurden, siehe die Fachtechnischen Weisungen Infostar Nr. 4, Ziffer 4.

Bei der Anmeldung der Ehe hinsichtlich der Anerkennung und Nachbeurkundung in der Schweiz können die Verlobten verlangen, dass ihr Name dem Schweizer Recht untersteht (Art. 37 Abs. 2 IPRG, Art. 12 ZStV).

10.4 Feststellung der Abstammung

Gemäss Artikel 68 Absatz 1 IPRG richtet sich die Begründung, Feststellung und Anfechtung des Kindesverhältnisses nach dem Recht des Staates, in dem das Kind seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Wenn ein verheiratetes Frauenpaar mit Wohnsitz in der Schweiz im Ausland eine Samenspende in Anspruch genommen hat, ist Artikel 255a Absatz 1 ZGB als das Recht des gewöhnlichen Aufenthalts des Kindes anwendbar. Mangels Zeugung mittels einer Samenspende gemäss den Bestimmungen des FMedG kommt die gesetzliche Co-Mutterschaft der Ehefrau der Mutter nicht zur Anwendung (siehe Ziff. 5).

Anders kann sich die Situation darstellen, wenn ein verheiratetes Frauenpaar mit Wohnsitz im Ausland im Wohnsitzstaat eine Samenspende in Anspruch genommen hat und das Recht dieses Staates die Begründung des Kindesverhältnisses zur Ehefrau der Mutter vorsieht.

11 Inkrafttreten und hängige Verfahren

Die vorliegende Weisung ist, wie die im Rahmen der Ehe für alle revidierten Bestimmungen des ZGB, des IPRG, des PartG, des FMedG, der ZStV, der ZStGV und der FMedV, **am 1. Juli 2022 in Kraft getreten.**

Für verschiedengeschlechtliche Paare hatte das Inkrafttreten der Revision keine Auswirkungen auf die Ehevorbereitung und die Eheschliessung, unter Vorbehalt der Präzisierung in Artikel 67 Absatz 2 ZStV, wonach die Mitteilung nicht mehr schriftlich, sondern mündlich erfolgt, wenn die Trauung unmittelbar nach Abschluss des Vorbereitungsverfahrens stattfindet (siehe Ziff. 3.2). Dasselbe gilt für die Erhebung des Zuschlags (Anhang 1 Ziff. 11 ZStV) für die Vereinbarung des Trauungstermins und der damit verbundenen Einzelheiten der Zeremonie, wenn die Trauung nicht direkt im Anschluss an das Vorbereitungsverfahren im Trauungsort stattfinden kann (siehe Ziff. 8). Diese Änderungen treten für die Vorbereitungsverfahren in Kraft, die nach dem 1. Juli 2022 abgeschlossen werden.

12 Information der Öffentlichkeit und der Praktikerinnen und Praktiker

Um die Informationsarbeit gegenüber der Öffentlichkeit zu vereinfachen, stellt das EAZW den Zivilstandsämtern eine FAQ und verschiedene aktualisierte Merkblätter zur Verfügung («Merkblatt über die Ehe in der Schweiz: Rechte und Pflichten» Nr. 150.0; «Merkblatt über die Eheschliessung in der Schweiz» Nr. 150.1; «Merkblatt über die Eheschliessung im Ausland» Nr. 150.2; «Merkblatt über die Namensführung bei Eheschliessung» Nr. 153.1; «Merkblatt über die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» Nr. 150.4; "Merkblatt über die eingetragene Partnerschaft" Nr. 151.1, «Merkblatt über die Namensklärungen nach Schweizer Recht» Nr. 153.3).

Andererseits veröffentlicht das EAZW auf seiner Website eine Tabelle mit Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der "Ehe für alle", die sich an Praktikerinnen und Praktiker richtet. Diese Tabelle, die Fragen von Zivilstandsbehörden und Schweizer Vertretungen im Ausland enthält, wird regelmässig aktualisiert.

13 Aufhebung fachtechnische Weisungen

Mit der Überarbeitung dieser Weisung per 11.11.2024 wird im Einverständnis und im Namen des Fachbereichs Infostar FIS, die Fachtechnische Weisungen Infostar Nr. 4 vom 29. April 2022 «Technische Lösung («Umgehungslösung») zu Ehe für alle und Umwandlung der Eingetragenen Partnerschaften in eine Ehe» aufgehoben. Mit der Einführung von Infostar NG per 11.11.2024 ist die technische Umgehungslösung nicht mehr notwendig.

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

David Rüetschi



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP

Office fédéral de la justice OFJ
Domaine de direction Droit privé
Office fédéral de l'état civil OFEC

Directive OFEC

no 10.22.04.01 du 1^{er} avril 2022 (Etat au 11.11.2024)

Mariage pour tous

Directive édictée par l'Office fédéral de l'état civil
en vertu de l'art. 84, al. 3, let. a, de l'ordonnance sur l'état civil (OEC)

Table des matières

1	Remarques préliminaires	4
2	Contexte	4
2.1	Révision du Code civil et d'autres lois	4
2.2	Révision de l'OEC et de l'OEEC	4
3	Mariage	5
3.1	Détails de la mise en oeuvre de l'enregistrement du mariage dans Infostar	5
3.2	Conditions du mariage	5
3.3	Effets du mariage	6
3.4	Certificat de capacité matrimoniale en vue d'un mariage à l'étranger	6
3.5	Mariage de ressortissants étrangers non domiciliés en Suisse	7
3.6	Tâches des représentations suisses à l'étranger	7
4	Conversion d'un partenariat enregistré en mariage	8
4.1	Conversion du partenariat dans Infostar	8
4.2	Compétence pour la réception des déclarations de conversion	8
4.3	Conditions de la déclaration de conversion	9
4.4	Présentation personnelle des déclarants	10
4.5	Forme de la déclaration de conversion	11
4.6	Déclaration de conversion sous forme de cérémonie	11
4.7	Effets de la déclaration de conversion	12
5	Parentalité de l'épouse de la mère (« comaternité »)	12
6	Partenariat enregistré	13
6.1	Pas d'enregistrement de nouveaux partenariats en Suisse	13
6.2	Sort des partenariats enregistrés existants	13
7	Communications	14
8	Emoluments	15
9	Formules de l'état civil	16
10	Droit international privé	17
10.1	En général	17
10.2	Partenariats enregistrés à l'étranger	17
10.3	Mariages célébrés à l'étranger	18
10.4	Etablissement des liens de filiation	19
11	Entrée en vigueur et procédures pendantes	19
12	Informations au public et aux praticiens	19
13	Abrogation des directives techniques	20

Tableau des modifications

Modifications au 11.11.2024	NOUVEAU
A l'exception des points énumérés ci-dessous, le contenu de fond de la directive n'a pas changé.	
Toute la Directive	Adaptation formelle du texte suite à l'entrée en vigueur de la réforme sur le changement de sexe à l'état civil, de l'ouverture du mariage pour tous et de la modification du 26 juin 2024. Suppression des anciens liens Internet et des directives concernant les procédures pendantes au 30.06.2022.

1 Remarques préliminaires

Le présent document contient un aperçu des modifications découlant de la révision du Code civil suisse du 18 décembre 2020 ([RO 2021 747](#)), dans la mesure où elles sont importantes pour les autorités de l'état civil.

2 Contexte

2.1 Révision du Code civil et d'autres lois

Le 18 décembre 2020, les Chambres fédérales ont adopté la révision du Code civil suisse (CC) concernant le mariage pour tous ([FF 2020 9607](#)).

À partir du 1er juillet 2022, les couples de même sexe peuvent se marier (voir ch. 3) ou convertir leur partenariat enregistré en mariage (voir ch. 4). Dès cette date, il n'est plus possible de contracter de nouveaux partenariats enregistrés en Suisse (voir ch. 6.1). Les couples peuvent uniquement opter pour le mariage. Les partenariats enregistrés existants peuvent en revanche être conservés sans que les partenaires ne doivent faire de déclaration spéciale.

L'ouverture du mariage à tous les couples a pour conséquence, que dorénavant les couples mariés peuvent aussi se composer de deux hommes ou de deux femmes, et non plus seulement d'un homme et d'une femme.

La révision du CC, acceptée en [votation populaire en date du 26 septembre 2021](#), comporte également des modifications de la loi sur le partenariat (LPart), de la loi fédérale sur le droit international privé (LDIP) et de la loi sur la procréation médicalement assistée (LPMA).

Il est aussi renvoyé au Rapport de la Commission des affaires juridiques du Conseil national du 30 août 2019 (FF 2019, 8169, ci-après Rapport de la CAJ-N), à l'Avis du Conseil fédéral du 29 janvier 2020 (FF 2020 1223) et aux débats parlementaires (voir [13.468 | Mariage civil pour tous | Objet | Le Parlement suisse \(parlament.ch\)](#)).

2.2 Révision de l'OEC et de l'OEEC

Le 30 mars 2022, le Conseil fédéral a adopté une révision partielle de l'[ordonnance sur l'état civil \(OEC\)](#) et de l'[ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil \(OEEC\)](#).

L'OEC a en outre fait l'objet d'une modification du 26 juin 2024 qui révisé notamment ses articles 8 et 35. Les commentaires des nouvelles dispositions de l'OEC, de l'OEEC et de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée (OPMA) sont diffusés sur le [site Internet de l'OFEC](#).

3 Mariage

3.1 Détails de la mise en oeuvre de l'enregistrement du mariage dans Infostar

Pour les détails concernant l'enregistrement de mariages de personnes de même sexe, voir ch. 10 ci-dessous.

3.2 Conditions du mariage

Les dispositions portant sur les conditions du mariage (art. 94 à 96 CC) ont été modifiées : le mariage n'est plus réservé aux couples hétérosexuels mais il peut être conclu entre deux personnes, indépendamment de leur sexe (art. 94 CC).

L'empêchement au mariage que constitue le partenariat enregistré, qui figurait à l'art. 26 aLPart, a été supprimé et intégré à l'art. 96 CC. Il convient de préciser que l'empêchement au mariage n'existe que si l'un des époux est encore marié ou lié par un partenariat enregistré avec une tierce personne respectivement si le précédent mariage ou partenariat enregistré n'a pas été dissous ou annulé. Par conséquent, si deux personnes se sont liées par un partenariat enregistré à l'étranger après l'entrée en vigueur de la révision du CC, soit après le 30 juin 2022, elles ont la possibilité de conclure un mariage pour autant que les conditions générales prévues aux art. 43 s LDIP et dans le droit matrimonial suisse sont remplies, sans devoir au préalable faire dissoudre leur partenariat enregistré (Rapport CAJ-N, ch. 5.3.3 et 7.1, commentaires ad art. 96 P CC).

L'on notera que l'art. 95 CC concernant les empêchements par rapport au lien de parenté est désormais également applicable au mariage de personnes de même sexe ; en particulier, l'adoption ne supprime pas l'empêchement résultant de la parenté qui existe entre l'adopté et ses descendants, d'une part, et sa famille naturelle, d'autre part.

A noter que les personnes qui ont conclu un partenariat enregistré avant le 1er juillet 2022, peuvent convertir en tout temps leur partenariat existant en mariage par une déclaration conjointe faite devant l'officier d'état civil (voir ci-dessous ch. 4). Par contre, les partenariats conclus entre personnes de même sexe et de sexe différent à l'étranger après le 30 juin 2022 (Rapport CAJ-N, ch. 5.3.1; art. 1 nLPart), ne sont pas soumis aux dispositions relatives à la déclaration de conversion, mais à la procédure ordinaire de préparation du mariage. C'est le lieu de préciser que la procédure ordinaire de préparation de mariage est néanmoins ouverte aux personnes qui ont conclu un partenariat enregistré avant le 1er juillet 2022 et qui ne sont donc pas tenues de déposer une déclaration conjointe de conversion du partenariat en mariage. Autrement dit, les personnes liées par un partenariat enregistré avant le 1^{er} juillet 2022 ont la faculté de déclarer ensemble vouloir convertir leur partenariat en mariage ou de se marier en passant par la procédure préparatoire ordinaire. Dans le premier cas, la déclaration est sans effet sur le nom de famille (voir ch. 4.7) alors que dans le second cas, il est fait application de l'art. 160 CC (voir ch. 3.3).

Les art. 64 al. 1 let. b et 65 al. 1 let. d OEC ont été complétés en conséquence (ajout des mots « avec une tierce personne »); l'art. 66 al. 2 let. d OEC a aussi été adapté (suppression du renvoi à l'art. 26 LPart).

D'autre part, l'art. 67 al. 2 OEC comporte désormais la précision que si la célébration intervient immédiatement après la clôture de la procédure préparatoire, la communication s'effectue oralement.

Au surplus, la procédure de préparation et de célébration du mariage, y compris la vérification de la légalité du séjour des fiancés et la lutte contre les mariages abusifs ou forcés (voir à cet égard les Directives 10.07.12.01, 10.11.01.02 et 10.13.07.01), la délivrance d'autorisations de célébrer le mariage dans un autre arrondissement et l'établissement de certificats de capacité matrimoniale (voir ch. 3.4), les communications et le tarif des émoluments (voir ch. 7 s.), sont restés inchangés sous réserve que le mariage est désormais ouvert aux couples de même sexe, que les partenariats existants peuvent être convertis en mariage (voir ch. 4) et que les dispositions révisées sont formulées de manière neutre du point de vue du genre (Rapport CAJ-N, ch. 6.4).

3.3 Effets du mariage

Les effets du mariage restent inchangés, en particulier s'agissant du nom et du droit de cité des époux (art. 160 s CC).

Lorsque les fiancés ont décidé de conserver leur nom, ils doivent également choisir lequel de leurs deux noms de célibataire leurs enfants porteront. L'officier de l'état civil peut les libérer de cette obligation dans des cas dûment motivés. Conformément à la pratique développée pour les couples de personnes de sexe différent, qui est transposable aux couples de personnes de même sexe, cette dispense doit en particulier être admise lorsque la naissance ou l'adoption d'un enfant paraît peu probable du fait de l'âge des conjoints ou pour d'autres raisons, ce qui sera généralement le cas de couples mariés masculins (cf. art. 264d CC).

En ce qui concerne la coparentalité de l'épouse de la mère (« comaternité »), l'on renvoie au ch. 5.

3.4 Certificat de capacité matrimoniale en vue d'un mariage à l'étranger

Désormais, un certificat de capacité de mariage requis à l'étranger peut également être délivré aux fiancés de même sexe, dont l'un au moins est un citoyen suisse. Conformément à l'art. 75, al. 2 OEC, les dispositions relatives à la procédure préparatoire des mariages célébrés en Suisse (art. 62 à 67, 69 et 74a OEC) s'appliquent par analogie à la compétence et à la procédure. Il se justifie dès lors de régler les dispositions relatives au certificat de capacité matrimoniale directement en relation avec la réception et la transmission des demandes et des déclarations pour le mariage en Suisse (pas de changement par rapport à la pratique suivie jusqu'ici). En soi, un couple de personnes de même sexe pourra se marier en Suisse ou dans d'autres Etats ; il peut donc solliciter un certificat de capacité matrimoniale, même si en définitive, ce couple utilise ce document pour contracter une forme de partenariat enregistré selon une législation étrangère (comme une « union civile » du droit italien qui sera reconnue et transcrite en Suisse en tant que partenariat enregistré ; voir ch. 11.2), respectivement n'utilise pas le document du fait qu'il renonce au projet de mariage.

Le certificat de capacité matrimoniale peut sans autre être établi conformément au modèle de la formule de la Convention de la Commission internationale de l'état civil (CIEC) n° 20 relative à la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.15), qui permet déjà de prendre en compte les fiancés de même sexe. En date du 13 septembre 2024, la Suisse a signé la nouvelle Convention (n° 35) relative à la délivrance de certificats de capacité matrimoniale et de capacité à conclure un partenariat enregistré adoptée le même jour, mais non encore entrée en vigueur. A terme, la nouvelle convention remplacera la Convention n°

20. Avant l'introduction des certificats selon la nouvelle convention, il est prévu le cas échéant à titre de solution provisoire de remplacer la rubrique « mariage précédent avec » (et ses traductions en allemand, italien, anglais et espagnol) par la mention « partenariat enregistré précédent avec » (et ses équivalents dans les autres langues). Des exemples figurent en annexe.

3.5 Mariage de ressortissants étrangers non domiciliés en Suisse

Le mariage dit touristique, soit de fiancés qui sont tous deux étrangers et domiciliés à l'étranger, y compris pour les couples de personnes de même sexe, reste autorisé aux conditions des art. 43 al. 2 LDIP et 73 OEC. Ainsi, les fiancés étrangers non domiciliés en Suisse peuvent être autorisés à s'y marier par l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil lorsque le mariage est reconnu dans l'État de leur domicile ou dans leur État national.

Le certificat de capacité matrimoniale délivré selon la Convention de la CIEC n° 20 (voir ch. 3.4) a la valeur d'une telle preuve de reconnaissance. Le certificat a une durée de 6 mois à compter de la date de délivrance (art. 7); il est dispensé de légalisation ou de toute formalité équivalente (art. 10). Pour les Etats qui ne connaissent pas ledit certificat, d'autres documents peuvent être utilisés (p. ex. le Certificate of no impediment). En l'absence de tels documents délivrés par l'Etat national ou de domicile des fiancés, la capacité matrimoniale peut être évaluée après examen des dispositions légales étrangères, conformément à la pratique observée jusqu'ici.

Dans le contexte du mariage de couples de personnes de même sexe, l'on notera que la reconnaissance à l'étranger du mariage célébré en Suisse peut être partielle, en ce sens qu'un Etat peut par exemple confirmer qu'il reconnaîtra le mariage célébré à l'étranger entre des ressortissants du même sexe non pas en tant que tel mais comme union civile ou partenariat enregistré, conformément à une règle analogue à l'art. 45 al. 3 LDIP, dans sa teneur jusqu'au 30 juin 2022 (« Un mariage valablement célébré à l'étranger entre personnes du même sexe est reconnu en Suisse en tant que partenariat enregistré. »). Ici aussi, il appartient à l'autorité cantonale de surveillance de statuer conformément aux art. 43 al. 2 LDIP et 73 OEC.

3.6 Tâches des représentations suisses à l'étranger

En ce qui concerne les détails de la collaboration des représentations suisses à l'étranger dans le cadre de la préparation du mariage, il est renvoyé à la [Directive OFEC no 10.20.02.01 "Tâches d'état civil des représentations suisses à l'étranger"](#) (ch. 5).

4 Conversion d'un partenariat enregistré en mariage

4.1 Conversion du partenariat dans Infostar

La conversion du partenariat enregistré en mariage s'effectue par la transaction «conversion».

4.2 Compétence pour la réception des déclarations de conversion

Les partenaires enregistrés ont la possibilité de faire cette déclaration à l'office de l'état civil de leur choix.

En cas de résidence à l'étranger, la déclaration de conversion peut également être reçue par le personnel de la représentation suisse compétente (art. 5 al. 1, let. c^{bis} et 75n al. 1 OEC). Cela implique toutefois que le partenariat enregistré ait été préalablement inscrit au registre suisse de l'état civil. Les personnes concernées doivent par principe en apporter la preuve (par la présentation d'un document d'état civil original ou en copie, comme l'acte de partenariat, le certificat de partenariat, la confirmation de l'inscription de l'enregistrement d'un partenariat conclu à l'étranger, le certificat individuel d'état civil pour personne de nationalité suisse ou le certificat relatif à l'état civil enregistré). La déclaration n'est pas recevable sans preuve de l'inscription du partenariat enregistré dans le registre de l'état civil. Il faut encore noter à cet égard qu'une conversion du partenariat enregistré en mariage n'entre pas en ligne de compte si à l'origine, l'union a été célébrée à l'étranger en tant que mariage, lequel a été reconnu et transcrit en Suisse comme partenariat enregistré conformément au droit en vigueur jusqu'au 30 juin 2022. Dans ce cas, les conjoints peuvent demander l'actualisation de l'inscription dans Infostar (voir ch. 11.3).

En vertu de l'article 5 lettre f de la [Convention de Vienne sur les relations consulaires](#) (voir aussi la Directive OFEC no 10.20.02.01 du 1^{er} février 2020 Tâches d'état civil des représentations suisses à l'étranger, ch. 2.2.1 et 8), l'exercice de fonctions d'officiers de l'état civil n'est admis que pour autant que les lois et règlements de l'Etat de résidence ne s'y opposent pas. Des limitations sont notamment possibles dans les Etats qui connaissent également la faculté de convertir un partenariat enregistré en mariage par déclaration. Lorsque la situation n'est pas claire et particulièrement dans les cas où la conversion du partenariat enregistré en mariage risque de ne pas être reconnue du fait que l'un des partenaires détient la citoyenneté de l'Etat d'accueil, la représentation invite le couple à déposer la déclaration de conversion du partenariat en mariage devant les autorités locales compétentes.

Les déclarations reçues par la représentation suisse sont ensuite enregistrées par l'office de l'état civil compétent (cf. art. 21, al. 2 OEC). Si le couple le souhaite, il peut commander une « Preuve de la conversion du partenariat enregistré en mariage » (voir ch. 4.5) ou un acte de mariage selon la Convention de la CIEC n° 34 relative à la délivrance d'extraits et de certificats plurilingues et codés d'actes de l'état civil (voir ch. 9). S'agissant des frais perçus, voir sous chiffre 8.

Seuls les officiers de l'état civil (et les autres officiers publics assimilés) sont habilités à délivrer des documents d'état civil ayant valeur probante. Le personnel de la représentation n'est pas en droit de confirmer un fait d'état civil comme la conversion d'un partenariat enregistré en mariage mais fait suivre le cas échéant la commande de documents à l'office de l'état civil en Suisse. De manière à éviter toute incertitude juridique, le personnel de la représentation s'abstiendra en particulier de remettre une copie de la déclaration commune des partenaires

munie du sceau de la représentation ou tout autre document susceptible de faire penser que la conversion du partenariat en mariage est officiellement reconnue.

A noter que les déclarations de conversion ne peuvent pas être reçues par la représentation sous la forme d'une cérémonie (art. 35, al. 3 LPart e.r. avec l'art. 75o OEC; voir ch. 4.6). Les personnes concernées qui souhaitent une cérémonie devront s'adresser à un office de l'état civil en Suisse.

Au surplus, il est renvoyé à la [Directive OFEC no 10.20.02.01 « Tâches d'état civil des représentations suisses à l'étranger »](#) (ch. 6).

4.3 Conditions de la déclaration de conversion

Les couples formés de personnes (de même sexe ou de sexe différent) qui ont conclu un partenariat enregistré en Suisse ou à l'étranger avant le 1er juillet 2022, peuvent convertir en tout temps leur partenariat existant en mariage par une déclaration conjointe faite devant l'officier d'état civil (Rapport CAJ-N, ch. 7.2, commentaires ad art. 1 P LPart). A noter que la conversion d'un partenariat enregistré en mariage suppose préalablement que le partenariat ait été conclu conformément aux règles de la LPart ou que l'institution étrangère ait effectivement été reconnue comme partenariat enregistré en Suisse ; il peut s'agir d'un partenariat enregistré entre personnes de même sexe ou de sexe différent. A noter encore qu'en ce qui concerne les partenariats de personnes de sexe différent, la transcription dans Infostar est possible depuis le 1er juillet 2022 (voir ch. 11.2). La réception d'une déclaration commune de conversion du partenariat enregistré en mariage est régie par le droit suisse et n'est donc pas soumise à la condition qu'une procédure analogue soit connue dans l'Etat de provenance des conjoints.

Les dispositions d'exécution relatives à la conversion selon les art. 35 et 35a de la nLPart sont réglées dans les nouveaux art. 75n et 75o OEC intégrés dans le chapitre 7a OEC, dont l'intitulé a été modifié en conséquence (« Conversion du partenariat enregistré en mariage »).

L'identité et la capacité civile des personnes qui se présentent doivent être vérifiées (art. 16, al. 1, let. b OEC; voir également le Rapport CAJ-N, ch. 7.2 relatif à l'art. 35, al. 2 nLPart). C'est le lieu de noter que la procédure et les conditions relatives à la conversion d'un partenariat enregistré en mariage sont simplifiées par rapport à la procédure ordinaire de mariage. La conversion du partenariat en mariage doit intervenir sans obstacles bureaucratiques inutiles ; la conversion suppose la capacité de discernement des partenaires (cf. art. 94 CC; voir aussi rapport CAJ-N, ch. 4.3.1 et 5.3.3). Les partenaires doivent présenter des documents actuels prouvant le partenariat enregistré existant, à moins que cela ne ressorte déjà du registre de l'état civil (art. 16, al. 4 OEC), ce qui est généralement le cas pour les citoyens suisses (art. 39 OEC), mais pas pour les personnes de nationalité étrangère (voir Rapport CAJ-N, ch. 7.2 relatif à l'art. 35, al. 2 nLPart).

Si le partenariat a été conclu à l'étranger, la conversion suppose qu'il a d'abord été reconnu équivalent à l'institution suisse du partenariat enregistré et transcrit dans le registre de l'état civil ; à défaut, le couple sera invité à déposer une demande de préparation du mariage ordinaire (voir le ch. 3 et le Rapport CAJ-N, ch. 7.2 relatif à l'art. 35, al. 4, P LPart). Dans le même sens, les partenariats enregistrés selon les réglementations genevoise ou

neuchâteloise qui déploient des effets en droit cantonal exclusivement et qui sont dépourvus d'effets d'état civil ne peuvent pas être convertis en mariage ; ici aussi, une procédure de préparation du mariage ordinaire est le cas échéant nécessaire.

Si les conditions pour une conversion ne sont pas remplies, la déclaration doit être refusée. Sur demande, une décision sujette à recours sera délivrée aux personnes concernées (art. 90, al. 1 OEC).

Ne sont pas couverts par les dispositions relatives à la déclaration de conversion :

- Les mariages entre personnes de même sexe valablement contractés à l'étranger avant le 1er juillet 2022 : Si un tel mariage n'a pas encore été transcrit en Suisse, il doit être enregistré en tant que mariage dès l'entrée en vigueur de la révision du CC, soit dès le 1er juillet 2022. Dans la pratique, il a été observé le cas de couples de personnes liées par un partenariat enregistré ayant ensuite contracté mariage à l'étranger ou ayant converti leur union en mariage en conformité d'un droit étranger. Dans l'hypothèse où le couple est déjà valablement marié à l'étranger, l'union devra être reconnue en tant que mariage (avec la date d'effet du mariage étranger). Le cas échéant, la demande des conjoints de déposer une nouvelle procédure préparatoire du mariage devra être rejetée ; en soi, la demande de déposer une déclaration de conversion du partenariat antérieur en mariage devra en revanche être admise (voir ch. 11.3 ci-dessous et rapport CAJ-N, ch. 5.2.2 et ch. 7.3, commentaires relatifs à l'art. 45, al. 3 P LDIP).
- Les partenariats conclus à l'étranger après l'entrée en vigueur de la révision du CC, soit après le 30 juin 2022 ne sont pas soumis non plus à la procédure de conversion du partenariat selon l'art. 35 LPart, cette loi n'étant applicable qu'aux unions enregistrés avant le 1er juillet 2022 (cf. art. 1er nLPart). Dans ces cas, les partenaires peuvent se marier ensemble à tout moment en vertu du nouveau droit (Mariage pour tous), sans dissoudre le partenariat qu'ils ont conclu entre eux (voir ch. 3 et Rapport CAJ-N, ch. 5.3.1, ch. 5.3.3, ch. 7.1, relatif aux art. 96 P CC et ch. 7.2 et art. 35, al. 4 P LPart. Dans ce cas, préalablement à la célébration, une procédure ordinaire de préparation du mariage est également nécessaire.

4.4 Présentation personnelle des déclarants

Les déclarants doivent se présenter personnellement devant l'officier de l'état civil ou devant le collaborateur consulaire accrédité de la représentation suisse à l'étranger et remettre ensemble la déclaration de conversion. Il n'est donc pas possible qu'un seul des partenaires fasse la déclaration. Dans les cas exceptionnels où les personnes qui veulent faire la déclaration ne peuvent pas se rendre à l'office de l'état civil, elles ont la possibilité de faire la déclaration devant l'officier de l'état civil dans un autre lieu (voir l'art. 75n al. 3 OEC).

Il n'est pas permis de recevoir la déclaration de conversion du partenariat en mariage des partenaires de manière séparée. L'art. 75n OEC confirme clairement l'exigence précitée d'une comparution personnelle et simultanée des partenaires devant un seul et même officier de l'état civil, respectivement devant la représentation suisse compétente, conformément à la formulation de l'art. 35 al. 1 LPart (usage des adverbes « ensemble », « gemeinsam », resp. « congiuntamente ») et aux travaux préparatoires (Rapport CAJ-N, ch. 7.2 relatif à l'art. 35 P LPart).

4.5 Forme de la déclaration de conversion

La déclaration de conversion doit être reçue sur la formule officielle arrêtée par l'OFEC (art. 6 OEC). Elle doit être signée à la main par les déclarants et en présence de la personne compétente pour la réception et l'enregistrement (art. 18 al. 1 let. o OEC). L'officier de l'état civil ou le collaborateur habilité de la représentation suisse à l'étranger légalise les signatures (art. 75n al. 4 OEC). Les personnes concernées peuvent demander de leur délivrer la « Preuve de la conversion du partenariat enregistré en mariage » (formule d'état civil selon l'art. 6 OEC; voir aussi ch. 9).

4.6 Déclaration de conversion sous forme de cérémonie

Sur demande, la déclaration de conversion du partenariat en mariage peut être reçue en Suisse (mais non devant le personnel des représentations suisses à l'étranger ; voir ch. 4.2 ci-dessus) dans le cadre d'une cérémonie analogue au mariage, c'est-à-dire dans la salle des mariages, en présence de deux témoins majeurs et capables de discernement (art. 35, al. 3, nLPart et art. 75o OEC). La réception de la déclaration de conversion est publique ; les témoins, dont la présence est obligatoire, doivent être choisis par les personnes déclarantes.

Les modalités, notamment la date de la cérémonie, sont fixées dans le cadre des prescriptions cantonales et en accord avec les personnes concernées, de manière analogue au mariage (art. 99 al. 3 CC, art. 35 al. 3 nLPart, Rapport CAJ-N, ch. 7.2 relatif à l'art. 35 al. 3 P LPart). Les détails de la cérémonie sont laissés à la pratique des cantons, respectivement de chaque officier de l'état civil. Si le couple le souhaite, l'officier de l'état civil peut utiliser des formules inspirées de l'art. 71 al. 2 OEC, tout en rappelant que, dans ce cas également, le partenariat enregistré n'est converti en mariage qu'au moment de la légalisation des signatures par l'officier d'état civil (voir ch. 4.7). À cette fin, il convient d'utiliser la formule « Déclaration de conversion du partenariat enregistré en mariage », avec les rubriques complémentaires relatives aux témoins (voir ch. 9).

L'art. 75o, al. 2 OEC renvoie à l'art. 75n al. 2 OEC et à l'art. 72 OEC, qui s'appliquent en conséquence. Cela signifie que la déclaration de conversion peut également être reçue exceptionnellement dans un lieu autre que les locaux officiels si les personnes souhaitant faire la déclaration prouvent que leur comparution n'est manifestement pas possible (voir ch. 4.4). En outre, l'officier de l'état civil peut limiter le nombre de participants, pour des motifs d'organisation. Quiconque perturbe le déroulement de la cérémonie est expulsé de la salle (art. 72, al. 1 OEC).

Le droit cantonal peut prévoir que certains membres d'un exécutif communal soient nommés en tant qu'officiers de l'état civil extraordinaires avec l'autorisation exclusive de célébrer des mariages et de recevoir les déclarations de conversion de partenariats enregistrés en mariage (art. 96 OEC). Cette faculté nécessite donc une base dans le droit cantonal ; conformément au but de la réforme, elle n'est ouverte que pour la réception de déclarations de conversion de partenariats enregistrés en mariage, sous forme de cérémonie.

4.7 Effets de la déclaration de conversion

La déclaration prend effet à la date des signatures des deux partenaires et de leur légalisation par l'officier public (art. 18a, al. 1 OEC). A partir de cette date, les partenaires enregistrés sont considérés comme mariés (art. 35a, al. 1 LPart). Leurs données de relation (« mariage » au lieu de « partenariat enregistré », conformément à l'art. 8, let. j, ch. 1 OEC) et leur état civil (« marié » au lieu de « lié par un partenariat enregistré », conformément à l'art. 8, let. d, ch. 1 OEC) doivent être inscrits en conséquence dans le registre de l'état civil à la date de la remise de la déclaration. La déclaration de conversion doit être conservée dans le dossier comme pièce justificative (art. 31 s. OEC). A noter que lorsqu'une disposition légale fait dépendre des effets juridiques de la durée du mariage, il est tenu compte de la durée du partenariat enregistré qui l'a précédé (art. 35a, al. 2 LPart). Cette durée sera attestée le cas échéant par la remise aux personnes et autorités intéressées du document « Preuve de la conversion d'un partenariat enregistré en mariage » (voir ch. 4.5) accompagné d'une confirmation ou d'une attestation écrite au sens de l'art. 47 al. 2 let. a OEC.

La déclaration de conversion n'a pas d'effets sur le nom en application du droit suisse. Si les partenaires ont décidé lors de l'enregistrement de leur partenariat de conserver leur nom (en vertu de l'art. 12a LPart ou de la disposition transitoire, l'art. 37a LPart), ils n'ont pas la possibilité de prendre un nom qui leur soit commun lors de la conversion. Cependant, tout époux peut demander à changer de nom selon l'art. 30 CC (Rapport CAJ-N, ch. 4.3.2).

5 Parentalité de l'épouse de la mère (« comaternité »)

La révision du CC prévoit la coparentalité de l'épouse de la mère de l'enfant (« comaternité »), si l'enfant a été conçu au moyen d'un don de sperme conformément aux dispositions de la LPMA (art. 255a CC). Le droit constitutionnel de l'enfant de connaître ses données d'ascendance (art. 119, al. 2, let. g Cst.) est garanti par l'obligation de documentation médicale de la LPMA (art. 24 LPMA) ainsi que par les données consignées dans le registre des donneurs de sperme (art. 15 ss de l'ordonnance sur la procréation médicalement assistée ; OPMA; l'art. 16 al. 3 let. b de cette ordonnance a été adapté consécutivement à la modification de l'art. 24 al. 3 LPMA).

Étant donné que, selon cette réglementation, la contestation de la parentalité de l'enfant ainsi conçu par l'épouse de la mère n'est pas possible, il n'y a pas de communication à l'autorité de protection de l'enfant (art. 50 OEC; voir également art. 16, al. 3, 23, al. 1, et art. 24 al. 3 nLPMA).

La coparentalité selon l'art. 255a CC ne peut être prise en compte que si l'enfant a été conçu par un don de sperme conformément aux dispositions de la Loi sur la procréation médicalement assistée (art. 23, al. 1 nLPMA). L'existence de cette coparentalité est vérifiée d'office par les autorités de l'état civil et intervient par le biais de la présentation d'un certificat médical. Il y a lieu de préciser qu'il n'y a pas de coparentalité de l'épouse de la mère lorsque l'enfant a été conçu dans le cadre d'un don de sperme privé ou d'une insémination à l'étranger (voir Intervention d'Andrea Caroni, lors de la session d'hiver, du 01.12.2020; BO 2020 E 1113).

L'art. 35 OEC a été complété en vue de l'entrée en vigueur de l'art. 255a CC. Selon le libellé en vigueur depuis le 11 novembre 2024, la coparentalité de l'épouse doit être confirmée expressément par un certificat médical délivré par le médecin traitant au sens de l'art. 25 LPMA. Pour des raisons de sécurité du droit, le certificat médical ne peut reposer sur une simple mention figurant dans le formulaire d'annonce de naissance.

Le certificat médical confirmant la conception de l'enfant conformément aux dispositions de la LPMA peut être présenté avant même la naissance de l'enfant ou à l'occasion de l'annonce de la naissance. Si le certificat médical attestant que l'enfant a été conçu grâce à un don de sperme conformément à la LPMA est remis à l'office de l'état civil après la déclaration et l'enregistrement de la naissance, l'établissement du lien de filiation avec l'épouse de la mère sera enregistré ultérieurement sans frais. L'office de l'état civil procède à l'ajout de la parentalité de l'épouse conformément à l'art. 15a, al. 6 OEC. A noter que les autorités de l'état civil peuvent exiger la collaboration des personnes concernées (art. 16, al. 5 OEC).

Pour les aspects de droit international privé, il est renvoyé au chiffre 11.4.

6 Partenariat enregistré

6.1 Pas d'enregistrement de nouveaux partenariats en Suisse

Depuis le 1er juillet 2022, il n'est plus possible de contracter de nouveaux partenariats enregistrés en Suisse. Les couples, qu'ils soient composés de personnes de sexe différent ou de même sexe, peuvent uniquement opter pour le mariage (voir en particulier les art. 94 CC et ch. 3.2 ci-dessus).

Les dispositions relatives à la conclusion d'un partenariat enregistré (art. 3 à 8 aLPart) ont été abrogées. Par conséquent, les dispositions d'exécution correspondantes dans l'OEC ont également été abrogées (art. 75a à 75m).

6.2 Sort des partenariats enregistrés existants

L'institution du partenariat enregistré subsistera dans la mesure où les partenaires enregistrés restent libres de maintenir le partenariat qu'ils ont conclu avant le 1er juillet 2022. La LPart reste donc en vigueur pour continuer de régir les partenariats enregistrés entre personnes du même sexe encore existants (Rapport CAJ-N, ch. 4.4).

Aussi, diverses dispositions de l'OEC et de l'OEEC, qui comportent des règles relatives au partenariat enregistré, n'ont pas été révisées (en particulier les art. 5, al. 2, 7 al. 2, let. q et r, 13a, 16 al. 8, 18 al. 1, let. f, 23 al. 3 et 5, 24 al. 2 let. a, 40 al. 1, let. l, et m, 34a al. 1 let. b, 44a, al. 2, let. c, 46 al. 1bis, 89 al 3 let. b, le titre de l'al. 2 ainsi que l'annexe ch. 15.1 OEC et l'annexe 1, ch. 1.2 OEEC).

Cela est dû au fait que les partenariats conclus avant la révision et qui n'auront pas été convertis en mariages (art. 35 nLPart, art. 75n s. OEC; voir ch. 4 ss) ainsi que les partenariats conclus à l'étranger (entre personnes de même sexe ou de sexe différent) après l'entrée en vigueur de la révision (voir aussi ch. 11.2) subsisteront jusqu'à leur dissolution ou annulation (art. 9 ss, 29 ss LPart) et seront inscrits et mis à jour dans le registre de l'état civil.

En particulier, les art. 12a et 30a LPart restent inchangés. La personne qui a changé de nom lors de l'enregistrement du partenariat peut à tout moment déclarer après sa dissolution qu'elle souhaite porter à nouveau son nom de célibataire (art. 30a LPart e.r. avec l'art. 13a OEC).

A l'avenir, cela signifie également que les offices de l'état civil continueront à délivrer différents documents en lien avec l'existence ou la dissolution d'un partenariat enregistré (voir aussi ch. 9).

7 Communications

L'officier de l'état civil procède aux communications prescrites, y compris celles prévues par le droit cantonal (art. 48a ss, en particulier 49 al. 1 let. b, 56 OEC).

L'art. 51 al. 1 OEC sur les communications au Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM) a été adapté. Même si les partenariats enregistrés entre personnes de même sexe ne peuvent plus être conclus en Suisse, un partenariat enregistré (entre personnes de même sexe ou de sexe différent) conclu à l'étranger et enregistré ensuite en Suisse doit être annoncé au SEM. En outre, la conversion d'un partenariat enregistré en mariage doit aussi être annoncée.

De même, la dissolution du mariage et du partenariat enregistré doit également être annoncée au SEM pour autant que les personnes visées à l'art. 51 al. 1 OEC soient concernées et que la dissolution de leur mariage ou de leur partenariat soit inscrite dans le registre de l'état civil (art. 15a OEC). Cela permet au SEM d'examiner en temps utile les droits de séjour liés à la dissolution du mariage.

D'autre part, il y a lieu de procéder aux Communications de mariage selon les Accords bilatéraux avec l'Allemagne (RS 0.211.112.413.6), l'Autriche (0.211.112.416.3) et l'Italie (0.211.112.445.4). S'il s'agit d'un couple de personnes de même sexe, l'office de l'état civil transmet l'acte de mariage sur formule internationale conformément à la convention de la CIEC n° 34 relative à la délivrance d'extraits et de certificats plurilingues et codés d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.113 ; voir ch. 9 ci-dessous). Conformément à l'art. 54 OEC, la communication est transmise directement à l'UIS par l'office de l'état civil, à l'intention de la représentation étrangère, pour autant que la convention internationale n'en dispose pas autrement, ce qui est valable pour les ressortissants allemands et autrichiens. En transmettant l'acte de mariage, l'office de l'état civil indique sur quelle base la transmission est requise (Accord avec l'Allemagne, resp. l'Autriche). Pour les ressortissants italiens, l'office de l'état civil transmet l'acte de mariage directement au poste consulaire compétent.

La conclusion d'un partenariat enregistré ne peut plus être effectuée en Suisse depuis le 1^{er} juillet 2022. Les art. 75a à 75m OEC ont été abrogés dans leur intégralité. Le renvoi aux art. 75f et 75m OEC a donc été supprimé à l'art. 51 OEC.

En ce qui concerne la communication à l'autorité de protection de l'enfant, voir ch. 5 ci-dessus.

8 Emoluments

L'officier de l'état civil encaisse les émoluments prévus.

De nombreuses positions tarifaires sont restées inchangées.

La mise à jour du registre de l'état civil suisse, notamment l'actualisation de l'inscription concernant un partenariat enregistré ou un mariage contracté à l'étranger (voir ch. 11.2 s.) continue à s'effectuer normalement sans frais (OEEC, annexe 1, *in initio* et ch. 15, annexe 2, *in initio*, annexe 3, ch. 1.1).

La commande de documents d'état civil suisses faite par l'intermédiaire d'une représentation fait l'objet de la facturation usuelle des émoluments et débours forfaitaires ; ces frais doivent être avancés par le couple (CHF 30.- + CHF 2.50 pour l'office de l'état civil + CHF 75.- + 5.- pour la représentation + CHF 30.- + CHF 2.50 pour l'OFEC / UIS, en application de l'OEEC, annexe 1, ch. 1.1, annexe 3, ch. 1.2 et annexe 4, ch. 1.1).

Tout arrondissement doit comporter au moins une salle des mariages mise gratuitement à la disposition des couples pour la célébration des mariages et la conversion de partenariats enregistrés en mariages sous forme de cérémonie ; l'utilisation d'autres locaux requiert l'autorisation de l'autorité cantonale de surveillance (art. 1a al. 3 s. OEC). Un supplément de CHF 50.- peut être perçu en cas de célébration du mariage ou de conversion du partenariat en mariage sous forme de cérémonie dans un local autre que la salle des mariages (OEEC, Annexe 1, ch. 11, position 4).

Les positions tarifaires liées à la préparation et à la célébration du mariage ont été adaptées (voir ch. 3 ss). Les positions tarifaires relatives à l'enregistrement d'un partenariat ont été supprimées alors que de nouvelles positions ont été introduites pour la réception des déclarations de conversion d'un partenariat en mariage (Annexe 1, ch. 7, et Annexe 3 ch. 4.3, OEEC; voir aussi ch. 4 ss).

A noter en particulier le supplément prévu pour la fixation de la date de la célébration du mariage et des détails de la cérémonie, lorsque la célébration ne peut intervenir dans la salle des mariages (art. 1a al. 3 OEC) immédiatement après la clôture de la procédure préparatoire (Annexe 1, ch. 11, OEEC).

En cas de déplacement à l'extérieur des locaux officiels, l'officier de l'état civil perçoit l'émolument supplémentaire y relatif (Annexe 1, ch. 13 OEEC) et se fait rembourser les débours (art. 7 al. 1 let. b OEEC).

En cas de conversion du partenariat en mariage sous forme de cérémonie, il y a lieu de prélever l'émolument prévu pour la réception de la déclaration de conversion et le supplément relatif à la cérémonie, soit deux fois CHF 75.- pour un total de CHF 150.- (Annexe 1, ch. 7 et 11, position 4 OEEC), d'autres prestations éventuelles étant le cas échéant facturées en sus.

Conformément à l'art. 3 al. 2 OEEC, les cantons peuvent prévoir une remise totale ou partielle des émoluments perçus pour la célébration d'un mariage ou la conversion d'un partenariat enregistré en mariage et de ceux perçus pour les déplacements effectués en relation avec ces prestations (art. 1a al. 4 OEC).

9 Formules de l'état civil

L'Office fédéral de l'état civil (OFEC) a adopté les formules nécessaires (art. 6 et 84 OEC).

Les nouvelles formules de l'état civil introduites dans le cadre de la mise en oeuvre du mariage pour tous (voir aussi ch. 4, 4.4, 4.5, 5 et 10.3) ont remplacé les anciennes formules qui ne peuvent plus être utilisées.

Les extraits délivrés avec ces nouvelles formules nationales peuvent être établis directement à partir d'Infostar.

En ce qui concerne la délivrance de certificats de capacité matrimoniale selon la Convention CIEC n° 20, voir ch. 3.3.

La Suisse a en outre déposé l'instrument de ratification concernant la Convention de la CIEC n° 34 relative à la délivrance d'extraits et de certificats plurilingues et codés d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.113). En l'état, la Convention de la CIEC n° 34 a également été ratifiée par l'Allemagne et la Belgique. Elle introduit des formules de naissance, de reconnaissance, de mariage, de partenariat enregistré et de décès neutres quant au sexe et remplace la Convention de la CIEC n° 16 relative à la délivrance d'extraits plurilingues d'actes de l'état civil, signée à Vienne le 8 septembre 1976 (RS 0.211.112.112), dont les formules ne sont pas adaptées pour représenter des époux ou des parents de même sexe.

Suite à l'entrée en vigueur de la Convention de la CIEC n° 34, la Convention de la CIEC n° 16 n'est plus ouverte à la signature. A noter que conformément à son art. 17, la Convention de la CIEC n° 34 remplace dès son entrée en vigueur, soit à compter du 1er juillet 2022, la Convention de la CIEC n° 16. Toutefois, cette dernière Convention reste formellement en vigueur entre les États qui y sont parties tant que l'un d'eux demeure lié uniquement par celle-ci.

Avec la mise en place d'Infostar NG (dès le 11.11.2024), lorsqu'ils reçoivent une commande d'extraits internationaux, les officiers de l'état civil délivrent désormais systématiquement des extraits selon modèles de la Convention de la CIEC n° 34 en lieu et place des extraits selon modèles de la Convention n° 16.

Les nouveaux modèles sont plus complets avec la possibilité de délivrer des extraits d'actes de reconnaissance et de partenariat enregistré, qui n'existent pas selon la Convention n° 16. Ils correspondent aux standards légaux en vigueur en permettant de faire état de couples et de parents de même sexe sur les différents extraits.

Selon les sondages effectués, les extraits établis selon la Convention n° 34 devraient être acceptés dans tous les Etats, y compris dans ceux qui ont ratifié la Convention n° 16 uniquement.

A noter que d'un point de vue formel, les Etats ayant ratifié la Convention n° 16 sont tenus d'accepter sans légalisation ou formalité équivalente exclusivement les extraits internationaux délivrés en vertu de cette convention (cf. art. 8) sans qu'une telle obligation n'existe pour les extraits délivrés conformément à la Convention n° 34. Il se peut ainsi que dans la pratique, des personnes ayant commandé un extrait international et obtenu un tel document selon les modèles de la Convention n° 34 rencontrent des difficultés de reconnaissance. Dans ce cas et pour peu que ces difficultés soient rendues vraisemblables, l'officier de l'état civil ayant établi le premier extrait selon le modèle de la Convention n° 34 délivrera l'extrait équivalent selon modèle de la Convention n° 16 sans frais supplémentaires.

La manière de remplir les formules CIEC est explicitée dans la Convention de la CIEC n° 34 elle-même, plus particulièrement aux art. 2 et 3, qui sont précisés à l'annexe 3 intitulée « Règles applicables aux modèles CIEC ». A noter qu'en vertu desdites Règles, chiffre 12, lettre c), si les énonciations originales et mentions ultérieures ne permettent pas de remplir une case ou une partie de case du modèle CIEC, cette case ou partie de case est rendue inutilisable par des traits. Conformément à la pratique, il est possible de remplacer les traits continus (voir le classeur jaune Manuel de l'état civil Exemples A, CIEC 21a0001) par le symbole « -/- ». « En ce qui concerne la case « 7-2-1 Nom de naissance », elle correspond en Suisse au nom de célibataire. S'agissant de la case « 9-3-3 No de l'extrait », elle doit être remplie avec le numéro de la transaction Infostar ». En cas de conversion du partenariat en mariage, le couple peut se faire délivrer contre paiement une preuve de ce fait (voir ch. 4.2 et 4.5) ou un acte de mariage selon la Convention CIEC n° 34 où l'on mentionnera les caractères « CPM » suivis de la date et du lieu de conclusion du partenariat enregistré à l'origine. D'autres informations concernant la manière de remplir les extraits figurent dans les Instructions OFEC du 3 juin 2022 « Epoux et parents de même sexe : Délivrance d'extraits conformément à la Convention CIEC n° 34 ».

Les nouvelles formules nationales et internationales sont mises à disposition sur le site réservé aux autorités de l'état civil de l'OFEC.

10 Droit international privé

10.1 En général

Les mariages et les partenariats conclus à l'étranger doivent être reconnus en tant que mariages et en tant que partenariats, indépendamment du fait de savoir s'ils ont été conclus avant ou après le 1er juillet 2022 (Rapport CAJ-N, ch. 5.3.1). Les éventuelles conversions de partenariats enregistrés en mariages ou vice versa survenues à l'étranger doivent également être reconnues en Suisse.

10.2 Partenariats enregistrés à l'étranger

Les partenariats enregistrés à l'étranger sont dorénavant reconnus en Suisse comme partenariats enregistrés en application du chapitre 3a LDIP, dans lequel le terme « partenariat enregistré » s'entend au sens large (art. 65a LDIP), qui suppose la création d'une communauté de vie qui fonde un lien d'état civil aux effets semblables au mariage (partenariat fort, du point de vue du statut personnel) sans être désigné en tant que mariage.

Conformément aux prescriptions de la LDIP, de tels partenariats sont transcrits en Suisse en tant que partenariats enregistrés, indépendamment du fait qu'il s'agisse de partenariats conclus entre des personnes de même sexe ou de sexe différent (voir rapport CAJ-N, ch. 5.3.1; la reconnaissance et la transcription dans le registre de l'état civil des communautés de vie sans effets d'état civil restent exclues, comme le PACS français, la cohabitation légale belge et le partenariat enregistré luxembourgeois).

L'obligation d'annonce des partenaires, régie par l'art. 39 OEC, s'impose si des citoyens suisses ou des ressortissants étrangers qui ont une relation avec un citoyen suisse en vertu du droit de la famille sont concernés. Dans ce cas, un enregistrement ultérieur en tant que

partenariat enregistré doit faire l'objet d'une décision sur la base de l'art. 32 LDIP. L'établissement d'un éventuel lien de filiation doit être relié séparément sur le fondement des art. 68 s. LDIP. Le terme de partenariat enregistré s'entend au sens large dans la LDIP et comprend toute forme de communauté de vie qui fonde un lien d'état civil ayant des effets semblables au mariage («partenariat fort», voir Rapport CAJ-N, ch. 2.3), mais qui n'en porte pas le nom. Il peut s'agir de couples formés de personnes du même sexe comme de sexe différent.

Dans le cas des partenariats enregistrés qui ont été conclus à l'étranger après le 1er juillet 2022 entre personnes de même sexe ou de sexe différent, les partenaires peuvent, en se soumettant au droit d'origine suisse, déclarer qu'ils souhaitent porter le nom de célibataire de l'un ou l'autre partenaire comme nom commun, à l'instar des futurs époux (une précision en ce sens a été apportée aux art. 12 al. 2 et 18 al. 1 let. c OEC).

10.3 Mariages célébrés à l'étranger

A compter du 1er juillet 2022, un mariage valablement célébré à l'étranger entre personnes de même sexe doit être transcrit en Suisse en tant que mariage et non plus en tant que partenariat enregistré (suite à l'abrogation de l'art. 45, al. 3, LDIP). Ce principe vaut indépendamment de la question de savoir si la célébration du mariage est intervenue avant ou après l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions. Il vaut également, si en vertu d'un droit étranger (par ex. selon § 20a de la Lebenspartnerschaftsgesetz du droit allemand ou la Section 9(6) du Marriage (Same Sex Couples) Act 2013, du droit britannique), le partenariat a été converti en mariage ; la date de conversion du partenariat en mariage correspond à celle prévue par les règles du droit étranger pertinent. Si, en application de l'ancien art. 45, al. 3, LDIP, un mariage conclu à l'étranger entre personnes de même sexe a déjà été enregistré en tant que partenariat enregistré dans le registre de l'état civil suisse, les couples concernés peuvent demander conjointement ou individuellement, en présentant l'acte de mariage étranger, une copie ou un document équivalent, une modification de leur état civil dans le registre de l'état civil («marié» au lieu de «lié par un partenariat enregistré » ; art. 8 let. f ch. 1 OEC) et de leur type de relation (« mariage » au lieu de « partenariat enregistré » ; art. 8 let. o ch. 1 OEC). A noter que ces éléments sont mis à jour pour les deux conjoints même si la demande est faite par un seul époux. Cette inscription doit également être actualisée si l'officier de l'état civil constate, lors de la saisie d'un nouvel événement d'état civil, que l'inscription actuelle en tant que partenariat enregistré ne correspond pas au mariage célébré à l'étranger et qu'il dispose au moins d'une copie de l'acte de mariage étranger, respectivement qu'il est remis par les personnes concernées (art. 15 al. 2 e.r. avec art. 16 al. 1 let. c et al. 5 OEC ; Rapport CAJ-N, ch. 5.2.2). La mise à jour est également effectuée même si le mariage a été dissous dans l'intervalle ; cette dissolution doit alors également être enregistrée. Conformément à l'art. 32 LDIP, les personnes concernées peuvent demander la mise à jour de l'inscription en adressant une requête à l'autorité cantonale de surveillance compétente (art. 23 OEC), selon les formes et exigences du droit de procédure administrative du canton concerné. La requête peut en outre être adressée sous forme électronique, aux conditions de l'art. 89 al. 4 OEC. A noter que les cantons sont libres de mettre à disposition des personnes intéressées un modèle (facultatif) de requête (sous forme de formulaire ou autre). Dans un souci de simplifier les procédures faisant intervenir les représentations suisses à l'étranger, l'OFEC a préparé un modèle de requête à la disposition du public sous [Formulaires \(admin.ch\)](#).

Lors de l'annonce du mariage en vue de reconnaissance et transcription en Suisse, les conjoints peuvent demander à soumettre leur nom au droit suisse (art. 37 al. 2 LDIP, 12 OEC).

10.4 Etablissement des liens de filiation

Conformément à l'art. 68 al. 1 LDIP, l'établissement, la constatation et la contestation de la filiation sont régis par le droit de l'État de la résidence habituelle de l'enfant.

Si un couple de femmes mariées, domiciliées en Suisse, a eu recours à un don de sperme à l'étranger, l'art. 255a al. 1 CC est applicable en tant que droit de la résidence habituelle de l'enfant. Faute de conception au moyen d'un don de sperme conformément aux dispositions de la LPMA, la présomption de parentalité de l'épouse de la mère est inopérante (voir ch. 5).

La situation peut différer dans l'hypothèse où un couple de femmes mariées, domiciliées à l'étranger, a eu recours à un don de sperme dans l'Etat de domicile et que le droit de cet Etat prévoit l'établissement du lien de filiation avec l'épouse de la mère.

11 Entrée en vigueur et procédures pendantes

A l'instar des dispositions du CC, de la LDIP, de la LPart, de la LPMA, de l'OEC, de l'OEEC et de l'OPMA révisées dans le cadre du mariage pour tous, **la présente directive est entrée en vigueur le 1^{er} juillet 2022.**

En ce qui concerne les couples de personnes de sexe différent, l'entrée en vigueur de la révision n'a eu aucun effet sur la préparation et la célébration du mariage sous réserve de la précision apportée à l'art. 67 al. 2 OEC que si la célébration intervient immédiatement après la clôture de la procédure préparatoire, la communication s'effectue désormais non plus par écrit, mais oralement; (voir ch. 3.2); il en va de même de la perception du supplément d'émolument (Annexe 1, ch. 11, OEEC) prévu pour la fixation de la date de la célébration du mariage et des détails de la cérémonie, lorsque la célébration ne peut intervenir dans la salle des mariages immédiatement après la clôture de la procédure préparatoire (voir ch. 8). Ces modifications sont entrées en vigueur pour les procédures préparatoires clôturées dès le 1er juillet 2022.

12 Informations au public et aux praticiens

Afin de faciliter le travail d'information au public, l'OFEC met à disposition des offices de l'état civil une FAQ et différents mémentos mis à jour (« Mémento sur le mariage en Suisse: droits et obligations » n° 150.0; « Mémento sur le mariage célébré en Suisse » n° 150.1; « Mémento sur le mariage célébré à l'étranger » n° 150.2; « Mémento sur le nom porté après le mariage » n° 153.1 ; « Mémento sur la conversion du partenariat enregistré en mariage » n° 150.4; ; « Mémento sur le partenariat enregistré » no 151.1 « Mémento sur les déclarations concernant le nom en application du droit suisse » n° 153.3).

D'autre part, et à l'attention des praticiens, l'OFEC publie sur son site Internet un [tableau en lien avec des questions en rapport avec la mise en oeuvre du «mariage pour tous»](#). Cette tablelle qui comporte des questions d'autorités de l'état civil et de représentations suisses à l'étranger est mise à jour régulièrement.

13 Abrogation des directives techniques

Avec la révision de la présente directive au 11.11.2024, les directives techniques Infostar No 4 du 29 avril 2022 « Solutions techniques transitoires relatives au mariage pour tous et à la conversion du partenariat enregistré en mariage » sont abrogées, en accord et au nom de l'Unité Infostar UIS. En effet, avec l'introduction d'Infostar NG le 11.11.2024, la solution technique transitoire n'est plus nécessaire.

Office fédéral de l'état civil OFEC

David Rüetschi